

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 18. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergnügungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 108

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die „unschuldige“ Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, III (Schluß). — Profstimmen zum Böhm. Jubiläum. — Die 111 Maschinenhefter. — Zur Arbeitslosenfrage, II.

Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Holland. — Großbritannien.

Korrespondenzen: Berlin (M.-S.). — Biedorf-Wissen-Kirchen. — Leipzig (M.-M.). — Osterode (Hrpr.). — Stuttgart. — Würzburg.

Rundschau: Ferienstillung. — Meisterprüfungen. — Unangenehme Folgen eines Scherzes. — Konkurs. — Buchgewerbliche Weltausstellung Leipzig 1914 und Verbundausstellung Köln. — Rabatt bei Zuschularbeiten. — Geheimerer Preisprotest. — Unternehmensbege gegen die Ausstellung der Gewerkschaften auf der internationalen Bauausstellung. — Zur Lehrlingsfrage im Briefvergerber. — Ein Bopkollinjerale als „pindliche Beinträchtigung“. — Gewerbegerichtswahlen in Bruchsal. — Vom Postmonopol.

Weiterer Nachtrag zum Verzeichnisse der tarifstreuen Druckerereien.

Die „unschuldige“ Verlagsgesellschaft

□ □ □ □ □ deutscher Konsumvereine □ □ □ □ □

III.

Die Buchdrucker als „Friedensförder“.

Wer das (dritte) Rundschreiben der Verlagsgesellschaft vom 19. August liest, abgedruckt in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 6. September, kann nur den Eindruck gewinnen, daß die bösen Buchdrucker trotz Verständigungskonferenz, öffentlicher Einigungszerklärung und Tarifamtsentscheid nichts andres mehr zu tun wissen, als Herrn Kaufmann und seine Weggenossen seit dem 15. Mai aus ihrem Friedensschlummer aufzurütteln. Wir haben aber schon dargelegt, daß bereits in der „Denkschrift“ vom 16. Mai diese Friedensliebe selbstständig aufschaut. Am 27. Juni fand dann in Hamburg eine Inquisition des Prinzipalskreisvereins über die längst beigelegten Vorgänge in der Verlagsgesellschaft statt, wozu die Herren Kaufmann und Steinhörst eingeladen und nach schon vermerktem Eingeständnis auch gern erschienen waren.

In dieser Arbeitgeberversammlung wurde ein großes Klagen angestimmt über das der Leitung dieses Arbeiterunternehmens zugesagte schwere Unrecht, für das sie „nicht die geringste Genugtuung“ erhalten; ja, es mußten sogar „alle Personen, ohne Ausnahme, wieder auf die gehaltenen Plätze gestellt werden“. War es schon ein starkes Stück und auch ein in der Tarifgeschichte der Buchdrucker noch nicht zu verzeichnen gewesener Vorgang, daß Organisations- und Tariffunktionäre der Prinzipale, die an der Beilegung von Differenzen mitgewirkt und diese — die Verständigungserklärung kann doch nichts Unwahres aussprechen! — im befriedigenden Sinne herbeizuführen bestrebt waren, später gegen das Einigungswerk Front machen, so wirkt es einfach verblüffend, die Leiter eines Arbeiterunternehmens mit bei dieser Partie zu sehen.

Das Bedauern, daß alle wieder eingefesselt werden mußten, läßt sonderlich tief blicken. Man hätte zu gern wohl eine Auslese getroffen, nach Art der Werftdirektionen etwa einen Zwangsarbeitsnachweis installiert. Die Wiedereinstellung des Personals nach Beilegung von Differenzen ist eine alte Gepflogenheit, die ein Arbeiterunternehmen ohne weiteres akzeptieren sollte. Hier scheint das nicht der Fall zu sein. Herr Kaufmann, der zu allem übrigen in dieser Unternehmervereinsversammlung sich lang und breit noch einmal über den Hergang ausließ und dabei Ausführungen machte, die nur auf Zubilligung des unbedingt durch den Tarif vorgeschriebenen schließen lassen, obwohl unfer Tarif kein Maximalkarif ist, hat nach der

in der „Zeitschrift“ gegebenen Schilderung über jene Versammlung gegen die Kritik, daß alle Gehilfen wieder an ihre Plätze zurückkehren, nichts eingewendet! Er hebt nur in dem Rundschreiben mit Absichtlichkeit hervor, daß er wie sein technischer Leiter Steinhörst sich nicht an der Abstimmung über die scharfmacherische Resolution des Hamburger Prinzipalsvereins beteiligt haben. Diese letzte Reserve aufzugeben, mag den Herren wohl doch bedenklich erschienen sein.

Wenn die Gehilfenschaft derjenige Teil gewesen wäre, der, wie Prinzipalität und Verlagsgesellschaft in Hamburg, das Kriegsbeil wieder ausgegraben hätte, sicherlich würde bei der Gesamtheit untrer Arbeitgeber wie in ihrem Organ ein Sturm der Entrüstung ausgebrochen sein. So aber haben nicht einmal die Leiter der Verlagsgesellschaft das richtige Empfinden dafür, daß sie eine Rolle dabei spielen, für die nicht nur jedes Verständnis fehlt, sondern ihren Akteuren ohne weiteres Verurteilung eintragen muß. Das ist nicht allein unsre Meinung. Die „Metallarbeiterzeitung“ hat das ebenfalls ausgesprochen, indem sie schrieb:

Neuerdings scheint die Sache ein nicht gerade erbauliches Nachspiel zu bekommen, weil der Geschäftsführer Herr Kaufmann und der technische Betriebsführer Steinhörst in einer Hamburger Prinzipalsversammlung anwesend waren und der erstere eine Darstellung des Falles gab, an die sich die Annahme einer gegen die Gehilfen gerichteten Resolution schloß. Die beiden Vertreter des Genossenschaftsunternehmens stimmten zwar der Resolution nicht zu, aber bei der Stellung des Unternehmens innerhalb der Arbeiterwelt und als Unternehmen der deutschen Konsumvereine wäre es wohl angebracht gewesen, die Hamburger Druckereierunternehmer unter sich zu lassen. Nun werden aus dem Vorkommnisse Fäden gezogen, die weder in Gewerkschafts- noch in Genossenschaftskreisen angenehm empfunden werden können.

Die Herren Kaufmann und Genossen werden wohl jetzt noch des Bitteren ihr Verhalten zu beurteilen sehen. Ja, sie müssen schon erleben, daß auch in den Versammlungen der Konsumvereine Worte gefunden werden, wie es ihr Gebaren nicht anders verdient. Von Hagen ist im „Korr.“ bereits mitgeteilt worden, daß in Konsumvereinskreisen die Auffassung hierüber eine der Rechthaberei der Leiter der Verlagsgesellschaft völlig entgegengesetzte ist, und von Magdeburg wäre noch eine Stellungnahme der Generalversammlung des dortigen Konsumvereins zu melden, die für Kaufmann nebst Anhang nichts weniger wie schmeichelhaft lautet. Die Magdeburger Genossenschaftsleitung machte zwar den Versuch, über den „Fall Kaufmann“ eine Diskussion zu vereiteln, aber die Buchdrucker drangen auf Beprechung, kamen damit durch, und das Fazit dieser Aussprache in der Generalversammlung war Annahme einer Resolution, die das Faktieren der Verlagsgesellschaft mit einer Unternehmerorganisation verurteilt und den Austritt der Verlagsgesellschaft aus jener verlangt. Da Dr. August Müller, der leitende Redakteur der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ und nächst Kaufmann die maßgebende Person in der Verlagsgesellschaft, vordem Redakteur an der „Volksstimme“ in Magdeburg war und sich dort ziemlicher Beliebtheit erfreut, so gewinnt das Magdeburger Verdikt gewiß an Bedeutung. Die Herren Kaufmann und Genossen könnten daran, daß nicht nur die Buchdrucker, sondern auch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Kreise sich nicht auf ihren Standpunkt stellen, wohl ermessen, wie wenig dieser vereinbar ist mit den Anschauungen der Arbeiterschaft.

Durch das Rundschreiben vom 19. August gaben die Herren Kaufmann und Genossen auch Gelegenheit, ihren ersinderischen Geist in Ausreden kennen zu lernen. Der Verband soll nämlich durch seine Danziger Generalversammlung den Streit wieder aufgelöst haben! Daß zu gleicher Zeit, nämlich in der dritten Juniwoche, auch die Generalversammlung der Verlagsgesellschaft die Angelegenheit erörterte, ist ja bekannt; daß sie dort weit eingehender behandelt wurde als bei uns in Danzig, haben wir erst einige Zeit später erfahren, ebenso erhielten wir später noch Kenntnis von der starken Einseitigkeit der gegebenen Darstellung. Herr Kaufmann erblickt aber in der Dresdner Aussprache nichts Ungewöhnliches, weil sie nicht öffentlich geführt wurde. Dagegen soll durch den öffentlichen Charakter der in Danzig stattgehabten Erörterung des Falles der Konflikt wieder aufgelöst sein. Diese Entdeckung hat man indes reichlich spät gemacht. Zunächst wurde an besagtem Umfande nichts gefunden, wie wohl auch sonst niemand daran Anstoß genommen hat, denn es ist doch selbstverständlich, daß über einen so schwerwiegenden Konflikt in der bald darauf stattfindenden Generalversammlung der beteiligten Organisation etwas gesagt wird. Wir erheben ja auch gegen die Verlagsgesellschaft dieselbe Kritik wie gegen die

Herr Kaufmann hatte augenscheinlich an den Ausführungen in Danzig nichts gefunden, was ihm zu einer Abwehr gegen den Verband Anlaß hätte geben können. Verbandsleitung wie „Korr.“ waren der Kritik weiter Mitgliederkreise ausgelegt, daß angeblich zuviel Rücksicht auf Kaufmann genommen worden sei. Die in Danzig dazu sprechenden Redner äußerten sich sowohl vom gewerkschaftlichen wie vom genossenschaftlichen Standpunkte. Den angegriffenen Stellen gelang es in Danzig indes ohne große Mühe, die Generalversammlung von der Richtigkeit ihres Verhaltens zu überzeugen. Die Schuld von Geschäftsleitung und Personal wurde objektiv abgewogen, und die erzielte Beilegung des Konfliktes zur beiderseitigen Zufriedenheit ermöglichte in Danzig einen Ausklang, der beide Teile befriedigen konnte und der Genossenschaftsfrage selbst nur dienlich war. Zur nichtöffentlichen Verhandlung lag einmal für uns keine Veranlassung vor, außerdem wird in einem so demokratischen Gemeinwesen, wie es unser Verband darstellt, davon nur selten und dann auch immer nur sehr beschränkter Gebrauch gemacht. Es war in dieser Beziehung sogar besser, in öffentlicher Sitzung darüber zu sprechen, denn so bestand eine Kontrolle für jedermann, ob das Parlament der Buchdrucker diesen Konflikt in einem Arbeiterunternehmen auch objektiv nach beiden Seiten hin beurteilt, was ja durchaus der Fall war. Von der Generalversammlung der Verlagsgesellschaft ist das nicht zu sagen. Hier weiß außer den Teilnehmern niemand, ob nicht weiß gemacht wurde, was die Geschäftsleitung anbelangt, und schwarz in schwarz, soweit die Buchdrucker in Betracht kamen. Nach Verlautbarungen soll das letztere eher der Fall gewesen sein!

Sedenfalls können die Buchdrucker sehr wohl bestehen vor der Öffentlichkeit, denn außer den Leitern der Verlagsgesellschaft wird niemand eine Animosität gegen die Verlagsgesellschaft aus unsrer Stellungnahme herausgefunden haben.

Wenn in dem Rundschreiben vom 19. August gesagt wird, es sei bei der Berichterstattung über unsere Generalversammlung und damit also auf dieser selbst ohne „mehr oder weniger lebhaft Angriffe auf die Verlagsgesellschaft“ nicht abgegangen, so kommt dadurch nach der Friedensliebe noch eine andre verdächtige Eigenschaft der Hamburger Buchdruckerfreunde zum Vorschein, nämlich ihre Wahrheitsliebe. Was sie da behaupten, wird sogar widerlegt durch ihre Partner, die maßgebenden Hamburger Prinzipale, die durch den Bericht über die Verbrüderungsversammlung mit Kaufmann & Co. in ihrem Organ erklären:

Erfreulicherweise hat die Mehrheit der Teilnehmer an der Verbandstagesversammlung, auf der die Differenzen eine sehr eingehende Besprechung gefunden hat, schließlich einer korrekten Auffassung Raum gegeben, denn in einem vom „Echo“ veröffentlichten Berichte heißt es:

Obblin will durchaus nicht die Handlungsweise Kaufmanns beschönigen, vernimmt aber immer noch den Nachweis von Seiten der Kollegen, daß sie einen tariflichen Grund für ihre plötzliche Kündigung gehabt hätten. Gerade durch die tarifwidrige Kündigung vor dem Schiedsgericht sei erst die unangenehme Situation entstanden. Es sei auch unklug, das Verhalten Kaufmanns die Genossenschaft entgelten zu lassen. Die Gehilfen würden der Organisation einen besseren Dienst erwiesen haben, wenn sie die Sache etwas vorsichtiger angefaßt hätten.

Die Leiter der Verlagsgesellschaft werden mit dem Veruche, die Buchdrucker als Friedensstörer hinzustellen und uns zu bezichtigen, den Streit von neuem entfacht zu haben, selbst von den Hamburger Prinzipalen desavouiert! Wirkliche Unternehmer vermögen also bei einer scharfmacherischen Abung, worum es sich hier ja handelt, den Tatsachen doch nicht Gewalt anzutun, wie es Pseudoarbeitgeber mit ihren Angriffen auf die Buchdrucker glatt fertigbringen. Denn nicht genug damit, erklären sie am 19. August auch noch, über unsere Generalversammlung sei „zum Nachteil der Verlagsgesellschaft in dem größten Teile der deutschen Arbeiterpresse Mitteilung gemacht worden“, während in der „Zeitschrift“ vom 18. Juli in dem zitierten Wortlaufe die in Danzig der Sache gewordene Behandlung „korrekt genannt wird“.

Mit allen Mitteln, den verwegeneren wie den einfältigsten, ist man bemüht, die Buchdrucker als eine Gesellschaft erscheinen zu lassen, „die fort und fort den Frieden stört“. Es wird in dem dritten Rundschreiben zur Verteidigung des Hamburger Prinzipalsvereins mit seinem Vorgehen nämlich auch das noch gegen uns ausgespielt, daß jener sich (mit dem Wiederauflösen des Konfliktes unter gültiger Mitwirkung der Herren Kaufmann und Steinhoff), „streng auf die Veröffentlichung in seinem Fachorgane beschränkt“, während man mit der Hereinziehung der Arbeiterpresse anscheinend sagen will, die Buchdrucker hätten alles mobil gemacht. Der Verband hat sich in der ersten wie in der zweiten Phase ebenso streng auf die Veröffentlichung in seinem Organe beschränkt! Die Berichterstattung über die Danziger Generalversammlung für die Arbeiterpresse erfolgte durch eine Korrespondenz, die weder vom Verbands zu diesem Zweck engagiert war, noch irgendwelcher Einwirkung von uns unterstand. Das könnte man in der Verlagsgesellschaft schließlich auch wissen. Aber wenn so grobartige Unterscheidungen gemacht werden wie zwischen der gleichzeitigen öffentlichen und nichtöffentlichen Behandlung auf den beiderseitigen Generalversammlungen, dann braucht über einen Trick wie den mit der nachteiligen Berichterstattung in der Arbeiterpresse auch keine Verwunderung zu herrschen. Die Hauptsache ist ja doch, daß derartige Verbiehungen des Geschäftsfeldes nicht glücken.

Das Rundschreiben vom 19. August ist aber auch in anderer Beziehung bemerkenswert. Es soll die Antwort sein auf unsere beiden Artikel in den Nummern 87 und 88, in denen wir uns gründlich mit dem beschäftigten, was in der „Zeitschrift“ über die Hamburger Prinzipalsversammlung vom 27. Juni über die Wiederauflösung des Konfliktes von der andern und von Herrn Kaufmanns Seite zu lesen war. Zwei größere Artikel an leitender Stelle — Beweis genug, welche Bedeutung man dem aufsehenerregenden Vorgange beilegte. Daß darauf der „Kor.“ schweigen würde, das hat Herr Kaufmann selbstverständlich auch nicht angenommen. Was wir dann in unsern Nummern vom 31. Juli und 2. August dazu

sagten, war deutlich, konnte der Verlagsgesellschaft keine Freude bereiten. Der Hamburger Gauvorstand bestellte einen Sonderabdruck von den Artikeln und übermittelte sie den Genossenschaftsleitungen zur Information. Diese konnten dadurch beide Teile hören.

Die am 19. August erfolgende Antwort der Verlagsgesellschaft ist nun das schwächste, was sie bisher zu sagen wußte in dieser Angelegenheit: ein Gemengel von Plaffheiten, banalen Redensarten und saulen Wägen. Der Hamburger Gauvorstand wird da als ein neues Organ der Verlagsgesellschaft bespöttelt; man wisse nur noch nicht, ob man ihm die Leitung derselben anbieten solle, oder ob er sich mit einem weniger einflußreichen Plaze zufrieden geben werde. Dann wird von vielen Ungereimtheiten in den Artikeln gesprochen, ohne solche nur zu erwähnen, geschweige zu widerlegen, und über den „anonymen Verfasser“ macht man sich in einer Weise lustig, der wohl anzumerken ist, daß der Schreiber sich dabei nicht in der heitersten Stimmung befand. Das Ganze macht den Eindruck großer Verlegenheit, womit wir als „anonyme Verfasser“ nur zufrieden sein können. An dieser Schreiberlei ist jedoch ein Umstand zu betonen, nämlich die Kühnheit, nach der den Konsumvereinsleitungen durch den zugesandten Sonderabdruck gewordenen Aufklärung ein solches Zeug vorzulegen. Man muß die Genossenschaftsvorstände reinweg als unmundige, denk- und urteilsunfähige Menschen ansehen, denen man auch den stärksten Tabak anbieten kann. Diese Überhebung im Vereine mit einem unbegrenzten Machtdünkel kennzeichnen das Gebaren dieser Leiter eines Arbeiterunternehmens so scharf, daß eine Reaktion aus den Reihen der Mitglieder der Konsumvereine unausbleiblich ist. Das absolute Unvermögen, unsrer Beweisführung etwas Stichthaltiges entgegenzustellen, kann diesen Prozeß nur beschleunigen.

Der Zweck der Abung.

Gegenwärtig ergeben vom Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins die letzten Aufforderungen an die Prinzipale, die bisher zu dem Fonds für besondere Zwecke Beiträge noch nicht einbrachten, Merksich jetzt noch weigert, wird mit dem 30. September aus dem Deutschen Buchdruckerverein ausgeschlossen. Es wird in Deutschland eine ganze Anzahl von Prinzipalen sein, die wegen des Charakters dieses Extrabeitrags zu einem Kampffonds gegen die Gehilfenschaft die letztere Konsequenz zieht. Ausstritte sind dieserhalb schon genug zu verzeichnen, wie es ja auch Tatsache ist, daß die Prinzipalsorganisation im vergangenen Jahr einen Mitgliederrückgang um 238 erfahren hat. Der Beschluß von Breslau mit dem genannten Fonds für besondere Zwecke ist in fast allen Fällen die Ursache. Bemerkenswert ist sicherlich auch, daß die Zahl der Beitragsverweigerer in Rheinland-Westfalen, wo die schärfere Tonart dominiert, am größten ist.

In diesem Augenblicke kommt Herr Kaufmann nun in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ (13. September) mit einer Schilderung der Tarifgemeinschaft und des Organisationsvertrags der Buchdrucker, die den einen Zweck verfolgt, mit ganz falschen Schlüssen die „Notwendigkeit“ der fernerer Mitgliedschaft der Verlagsgesellschaft im Deutschen Buchdruckervereine darzutun. In dem dritten Rundschreiben konnte man es schon fühlen, nun ist diese Absicht mit den Händen greifbar.

Da aber Herr Kaufmann durch seine Erklärung von Ende November den Vertretern der Generalkommission und unsres Verbandes gegenüber festgelegt ist, besagten Kampffonds wegen aus der Prinzipalsorganisation zu scheiden, muß der Sache ein anderer Dreh gegeben werden. Das geschieht mit dem als falsch von uns bereits widerlegten Einwande, die Verlagsgesellschaft solle in ihren tariflichen Rechten beeinträchtigt werden. Wenn man zum Schlusse der neuen Verteidigungsschrift lesen muß:

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. fordert ihre vollen tariflichen Rechte und besteht darauf, sie auch für sich in Anspruch zu nehmen. Sie lehnt es ab, daß sie unter dem Vorwand, eine Arbeiterdruckerei zu sein, für minderen Rechts erklärt wird denn Privatdruckereien. Die Durchführung des Kampfes um ihr tarifliches Recht ist für sie eine Existenzfrage, und die Geschäftsleitung tut lediglich

ihre Pflicht, wenn sie jedem direkten oder indirekten Versuch, ihr Tarifrecht zu schmälern, mit aller Energie entgegentritt.

dann kommt zu der Einschätzung Kaufmannscher Deduktionen als scharfmacherische Glaubensbezeugung noch das Empfinden, es hier mit Wahnvorkstellungen zu tun zu haben. Es ist in unserm ersten Artikel bereits gesagt worden, daß kein Mensch daran denkt, der Verlagsgesellschaft die Wahrnehmung ihrer Rechte streitig zu machen; es wurde sogar zur Kenntnis gebracht, daß dieses Arbeiterunternehmen mehr Rechte genießt als eine Privatdruckerei, und wir können hinzufügen: eigentlich auch mehr als ein Parfeigeschäft. Aber das darf ja nicht anerkannt werden. Deshalb wird solchen Vergleichen mit den Parfeidruckereien aus dem Wege gegangen, wie die Täuschung über Ursache und Wirkung bei den Herren um Kaufmann eine so große ist, daß die Frage, warum es denn in den sozialdemokratischen Druckereien anders geht, sich ihnen gar nicht aufdrängt.

Die Parfeidruckereien werden dagegen ausgespielt mit ihrer früheren teiltweisen Angehörigkeit zum Deutschen Buchdruckervereine. Na, es wird trotz einer strikten Gegenerklärung im vergangenen Jahre weiter noch behauptet (dritte Rundschreiben dritte Seite), daß jetzt noch Offizinen sozialdemokratischer Blätter Mitglieder der Prinzipalsorganisation seien. Herr Kaufmann wird nach dieser Seite wohl einmal etwas derber die Wahrheit sagen müssen über solch kühne Behauptungen. Tatsache ist, daß nach dem Jahre 1906 von den Parfeidruckereien die kleinere Zahl dem Deutschen Buchdruckervereine beitrug. Dazu führte die (de facto nicht in Kraft getretene) Bestimmung eines gewissen Koalitionszwanges im § 4 des Organisationsvertrags. Als diese wieder gegenstandslos geworden, erfolgten von den Parfeidruckereien Austritte; dadurch, daß der Deutsche Buchdruckerverein vor einigen Jahren in ein andres Fahrwasser geriet, weitere, und durch die Schaffung des Kampffonds gegen die Gehilfen ist sicherlich die letzte Arbeiterdruckerei von der Organisation unsrer Unternehmer abgerückt. Parfeidruckereien sind also aus ganz andern Gründen dem Deutschen Buchdruckervereine beigetreten und trennten sich von ihm als diese Zwangsfrage beseitigt war. Sie haben diese solche Verbindung für eine innerliche Unnatürlichkeit gehalten, während Herr Kaufmann mit seinen Wibeleyen über die „höchst unnatürliche“ Verbindung nur zum Ausdruck bringt, daß er im Gegenlaße zu jenen diese Verbindung als ganz natürlich betrachtet. Der Organisationsvertrag ist ihm nur Vorwand für seine tatsächliche Sympathie. Das klingt vernehmlich genug aus den Sätzen heraus:

Wie konnte man auch darin etwas Unstößiges sehen, insofern diese jetzt „höchst unnatürliche“ Verbindung in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker bereits vorhanden war. Wären die erwähnten, damals getroffenen Bestimmungen in Kraft geblieben, so wäre es heute für jede Buchdrucker eine Existenzfrage, dem Deutschen Buchdruckerverein, also der Prinzipalsorganisation, und ebenso für jeden Buchdruckergehilfen eine Existenzfrage, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker, also der Arbeiterorganisation, anzugehören. Man sieht, selbst Tote müssen dem Herrn Kaufmann erhalten für seine Begründung gar nicht vorhandener Notwendigkeiten.

Herr Kaufmann versteigt sich aber sogar noch weiter. Er bezeichnet, um seine freundschaftlichen Gefühle für den Deutschen Buchdruckerverein der genossenschaftlichen Lesern plausibel erscheinen zu lassen, die Tarifgemeinschaft als — eine Unnatürlichkeit:

Wie dem auch sei, jedenfalls kann nicht bestritten werden, daß wenn überhaupt von einer höchst unnatürlichen Verbindung die Rede sein soll, die Mitgliedschaft bei der Tarifgemeinschaft, die für alle Buchdrucker eine Existenzfrage ist, genau so höchst unnatürlich ist wie die Mitgliedschaft beim Deutschen Buchdruckervereine.

Es soll uns auch gar nicht wundern, wenn gegenüber Genossenschaftsdruckerei und sozialdemokratischen Parfeidruckereien von der Gehilfenseite diese Konsequenz früher oder später gezogen wird. Schon heute wird der Genossenschaftsdruckerei ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie zur Beilegung von Differenzen die tariflichen Schiedsinstanzen in Anspruch nimmt und sich auf eine Entscheidung durch andere Instanzen nicht einläßt. Geht man noch einen Schritt weiter, so kommen wir dahin, daß sozialdemokratischen Parfeidruckereien und Genossenschaftsdruckereien, obwohl sie Mitglied der Tarifgemeinschaft sind und sein müssen, und die Kosten der Tarifgemeinschaft mit tragen, die Anrufung

der tariflichen Instanzen direkt verboten wird, vorausgesetzt natürlich, daß diese Druckereien sich darauf einlassen, wozu in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. S. nicht die allergeringste Neigung besteht.

Wir verwahren die Gehilfenschaft dagegen, daß sie von Kaufmann auch noch als Gegenstand seiner Methode des Unsinns mißbraucht wird. Im übrigen mögen die Kaufmannlichen Verschönerungen über Natürlichkeit und Unnatürlichkeit in den Beziehungen zum Unternehmertum für sich sprechen. Das hat gewissermaßen schon perverten Anstrich.

Wie Herr Kaufmann den Lesern der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ die Tariforganisation der deutschen Buchdrucker schildert, soll uns nicht beschäftigen. Im allgemeinen ist die Darstellung zureichend. Es sind vielmehr die Kombinationen sowie vorgeschlagenen Schlüsse, gegen die wir uns wenden müssen. Nach dem bereits Gesagten wäre da noch zu bemerken, daß der Organisationsvertrag nicht die Bedeutung besitzt zur Wahrnehmung tariflicher Rechte und auch diese nicht in dem Maß erweitert, wie es Herr Kaufmann wohlwollend schildert. Bis zum Jahre 1907 hat die Tarifgemeinschaft ohne einen solchen Nebenvertrag bestanden; ob dieser nach seinem Ablauf im Jahre 1916 erneuert wird, kann jetzt wohl noch dahingestellt bleiben. In der diesjährigen Tarifausschussübung hat die Gehilfenvertretung unzweideutig zu erkennen gegeben, daß sie aus bestimmten Gründen auch ohne den Organisationsvertrag auskommen könnte, ohne daß der Tarifgemeinschaft dadurch irgendwelcher Nachteil erwachsen würde. Herrn Kaufmanns außerordentliches, mit dem Organisationsverträge drapiertes Interesse für den Deutschen Buchdruckerverein findet zwei gefährliche Klippen: erstens die Frage, was ohne den Organisationsvertrag wäre, und zweitens, wie denn über 3500 der Tarifgemeinschaft angehörige Druckerelbhaber ohne die Unternehmerorganisation und daher auch ohne den Organisationsvertrag auskommen vermögen! Hic Rhodus, hic salta!

Herr Kaufmann wirft in seinem Artikel vom 13. September auch die Angelegenheit der Massen kündigung als schweres Gewicht in die Waagschale: Wenn die Verlagsgesellschaft nicht Mitglied des Deutschen Buchdruckervereins wäre, hätte sie diese Sache nicht vor die Tarifinstanzen bringen können: Diese hätten erst eingreifen können, wenn:

das Verhalten der Gehilfen ein solches wurde, daß es als absichtliches oder sorgloses Zuwiderhandeln gegen die Zwecke und Grundzüge der Tarifgemeinschaft bezeichnet werden könnte.

Danach wäre das Personal nicht so auffällig gewesen, um es von Tarif wegen belangen zu können. Wie großartig es um die Kaufmannsche Beweisführung und Wahrheitsliebe bestellt ist, zeigt aber die gegenseitige Behauptung in dem eine Nummer zuvor (6. September) abgedruckten ersten Rundschreiben vom 16. Mai, worin zu lesen ist:

Das von den aus der Verlagsgesellschaft ausgehenden Buchdruckern beliebte Verfahren charakterisiert sich zweifellos als ein absichtliches und sorgloses Zuwiderhandeln gegen Zweck und Grundzüge der Tarifgemeinschaft.

Dieses Beispiel, bei dem es sich um den gravierendsten Punkt der Affäre handelt, ist ausschlaggebend für die ganze Anklagekunst Kaufmanns.

Der Zweck der Übung ist also erkannt, resp. er ist von uns erst deutlich gemacht worden. Die mit in Betracht kommende Generalkommission wird ja wohl zwischen diesem Bestreben und der Kaufmannschen Erklärung vom November eine bessere Übereinstimmung herbeizuführen wissen. Ein Argernnis war die Sache zu Beginn, sie wächst sich allgemach zum Skandal aus. Da muß etwas geschehen. Aber nicht unre Kollegen in diesem Betriebe haben zu handeln, sondern die Öffentlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung hat nunmehr ihr Votum abzugeben.

Die Buchdrucker, denen man jetzt auch eine Berücksichtigung der größten Unrichtigkeiten in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ abgelehnt hat, sind weit entfernt, die Verlagsgesellschaft als genossenschaftliches Unternehmen zu schädigen. Sie verlangen nur eine Korrektur in den Anschauungen der Leiter dieses Arbeiterunternehmens, so daß ein erträgliches, besser noch ein erprobliches Zusammenarbeiten möglich ist. Mit den Buchdruckern, die

sich nach Kaufmann am wenigsten gefallen lassen, hat es angefangen, der Brand soll aber nicht weiter greifen, nicht die andern Arbeiterkategorien noch erfassen.

Die Verbandsinstanzen sind Herrn Kaufmann gegenüber gewiß zurückhaltend gewesen und haben darauf hingewirkt, die Streitigkeiten nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Der ja sicher gut informierte Hamburger Gauvorstand hat der Verlagsgesellschaft in seiner (abgelehnten) Berichtigung soeben erst wieder erklärt, daß der Verbandsvorstand alles getan hat zur Befriedigung der Differenzen. Jetzt sind wir aber des rechthaberischen Tons satt und verlangen Klarheit, da man doch nur eins sein kann: Herrenmensch oder Leiter eines Arbeiterunternehmens. Und auch als technischer Leiter eines Arbeiterbetriebes kann man nicht, wie Herr Steinhoff, Verbandsmitglied und Mitglied des Deutschen Buchdruckervereins sein sowie an der Tätigkeit der Sechsmaschinenkommissionen in dessen Vorbereitungs-ausschuß zur Verschlechterung des Tarifs aktiven Anteil nehmen. Das eine muß das andre ausschließen.

Stimmungen zum Döblin-Jubiläum

Eines haben wir Buchdrucker vielen voraus: man wendet uns ein reichliches Maß von Aufmerksamkeit zu. Von jeher und — im Guten wie im Bösen! Wir erleben das auf organisatorischem wie auf tariflichem Gebiete, haben von parteipolitischen und von gewerkschaftlicher Seite so manchen Puff empfangen und sind neustens der Gegenstand ausnehmender Lebenswürdigkeiten von einer Stelle in der Genossenschaftsbewegung, die einem Arbeiterunternehmen in ganz eigenartiger Weise vorzustehen einen aparten Ehrgeiz beifügt. Wie aber im Laufe der Jahre, vielmehr der Jahrzehnte, dank unsern unbeirrten Wirken und der unstreitig auf unserer Seite liegenden positiven Fortschritte eine gründliche Korrektur der Ansichten über unsre Art, die gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und zu erfüllen, eingetreten ist, inwiefern der Gang der Entwicklung uns recht gegeben hat, so wird auch Herr Kaufmann seine Auffassung als Leiter eines Arbeiterbetriebes zu korrigieren haben, um dann einzusehen, daß sich mit den Buchdruckern doch ganz gut auskommen läßt.

Wir freuen uns natürlich des Durchbruchs unsres Standpunktes und sind den einseitigen Meinungsgegnern verächtliche Grinsen gewöhnt: Das gegenseitige Verhältnis ist durch solche Sturm- und Drangperioden nur um so stabiler und abgekürzter geworden. Wenn wir es auch nach Möglichkeit vermeiden haben, das Vergangene gegen das Heutige auszuspielen, was unsre friedfertige Gesinnung wohl genügend bezeugt, so haben wir doch keine Veranlassung, an markanten Behauptungen der Befriedigung über das Gewordene achlos vorüberzugehen. Eine solche Gelegenheit bot sich zu Anfang dieses Jahres, als der „Korr.“ auf ein fünfzigjähriges Erscheinen zurückblicken konnte. Damals wurde in der Arbeiterpresse selbst ausgesprochen, welcher Anschauungswandel, und zwar zum Besten, sich gegenüber den Buchdruckern vollzogen hat.

Das fünfundsiebenzigjährige Amtsjubiläum unsres Verbandsvorstehenden hat gegenwärtig ebenfalls dazu Anlaß gegeben. Was dabei zum Ausdruck gebracht wurde, spiegelt ein Stück deutscher Gewerkschaftsgeschichte wider, wie es so eigenartig sich nur bei einer solchen Gelegenheit bietet. Es liegt daher auch im Interesse unsrer Organisation, wenn von den bemerkenswertesten Auslassungen über das Jubiläum des Kollegen Döblin durch den „Korr.“ Kenntnis gegeben wird. Sie bedeuten mehr als eine verbale Ehrung des Mannes, der durch seine Tätigkeit als Gewerkschaftsführer der ganzen Bewegung eine Richtung gegeben hat, die von der Arbeitererschaft nun allgemein als der richtige Weg angesehen wird. Wir schicken noch voraus, daß die in unserm Jubiläumartikel (Nr. 100) über die Bedrängnisse und die Entwicklung unsrer Organisation gemachten Ausführungen die Grundlage zu den zu zifernden Stimmungen bilden. Von deren Wiedergabe sehen wir natürlich ab.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission schreibt: „Dieses Jubiläum ist freilich mehr als ein bloßer Gedenktag eines Verbandsleiters; es bedeutet vielmehr eine Etappe in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Buchdrucker-„Korr.“ nennt treffend den Tag einen „Gedenk- und Ehrentag für den Verband“. Döblin übernahm das Amt des Verbandsvorstehenden unter den schwierigsten Verhältnissen des Sozialistengesetzes, als dieses 1878 verhängt wurde. . . . Und es ist und bleibt ein Verdienst Döblins, daß er den Mut hatte, die Verbandsleitung auch gegenüber der drohenden Zwangsjacke der Berliner Polizei zu übernehmen. Die Bedeutung seines Wirkens liegt für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt jedoch auf einem andern Gebiete. Er ist der Pionier der Tarifvertragsbewegung in Deutschland gewesen; er hat nicht minder mitgekämpft für die Schaffung von gewerkschaftlichen Unterhaltungs-einrichtungen und für die finanzielle Stärkung der einzelnen Verbände, so daß sie, gestützt auf ihre eigene Kraft, den gewerkschaftlichen Kampf führen können. Daneben aber hat die Buchdruckerorganisation unter seiner Führung stets die Pflicht der gegenseitigen Solidarität der Arbeiterorganisationen bei großen Kämpfen anerkannt, weniger in

Worten als in Taten. Und in Anerkennung dieser Tätigkeit und der Fähigkeiten Döblins haben unsre Gewerkschaftskongresse ihm stets zum Mitgliede der Generalkommission wiedergewählt, seitdem diese nach Berlin verlegt wurde. Mit den Buchdruckern beglückwünscht auch die übrige in unsern Gewerkschaften organisierte Arbeitererschaft den verdienstvollen Verbandsführer zu seinem Jubiläum.“

Aus der „Solidarität“, dem Organ unsrer Hilfsarbeiter, heben wir folgende Sätze hervor: „Nicht gering war der Widerstand gegen seine Tatkraft, den Döblin in den eignen Reihen und in außenstehenden Kreisen zu überwinden hatte, aber die Erfolge auf organisatorischem und tariflichem Gebiete, die die Buchdrucker unter Döblins Führung errangen, stehen die Widerlächer endlich verstummten. . . . Die hervorragenden Eigenschaften Döblins sind aber nicht nur den Buchdruckern zugute gekommen, sondern der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt uns Hilfsarbeitern. Deshalb schließen auch wir uns den vielen Gratulationen zu diesem seltenen Regierungsjubiläum an und wünschen dem Jubilare, daß er noch recht lange an der Spitze seiner Organisation erfolgreich und vorbildlich für die gesamte Arbeiterbewegung wirken möge!“

Die „Graphische Presse“ (Lithographen und Stein-drucker) schließt ihre Notiz mit den Worten: „Wir glauben im Namen aller unsrer Mitglieder zu sprechen, wenn wir dem Buchdruckerverband und seinem Vorstehenden zu diesem Gedenk- und Ehrentag unsre besten Glückwünsche aussprechen.“

Die „Solzarbeiterzeitung“ läßt ihre Notiznahme vom Döblin-Jubiläum in den Worten ausklingen: „Auch der Außenstehende muß zugeben, daß eine Organisation, die innerhalb 25 Jahren von 1186 Mitgliedern in 587 Orten auf 67393 Mitglieder in über 1700 Orten gewachsen, deren Vermögen in der gleichen Zeit von 916692 Mk. auf 10512897 Mk. gestiegen ist, und die es erreicht hat, daß 93 Prozent der Berufsangehörigen zu tariflichen Bedingungen arbeiten, sich einer vorzüglichen Leitung erfreuen muß. Die Glückwünsche, die Emil Döblin zu seinem Jubiläum entgegengebracht werden, sind reichlich verdient. Auch wir wünschen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, im Interesse seiner Berufsgenossen und der Arbeitererschaft zu wirken.“

In der „Allgemeinen Steinsetzerzeitung“ finden wir einen größeren Auszug aus unserm Artikel mit dem bemerkenswerten Schlusse: „Den Wünschen und Anerkennungen, denen wir uns aufrichtig anschließen, haben wir die großen Verdienste Döblins auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens für die gesamten deutschen Gewerkschaften nachzutragen. Für die heutige Generation ist es fast nicht begrifflich, daß um die Zweckdienlichkeit der Tarifverträge im Lager der deutschen Gewerkschaften ein „Fehler“ kämpft.“

Der in Leipzig erscheinende „Steinarbeiter“ schreibt u. a.: „Döblin ist ein Meister in faktischen Fragen, und wenn viele meinen, er sei kein Stürmer und Dränger, so hat er zweifellos gerade durch seine kühle Berechnungsart für seine Mitglieder am allermeisten erreicht. Besonders aber versteht es Döblin, Gegenstände, welche sich in jede Organisation einschleichen, zu überbrücken. Auch das ist eine Kunst, die verstanden sein will. Sachlich nach Popularität ist ihm ebenfalls nicht im geringsten eigen.“

Eine ganze Anzahl gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterblätter brachte eine übereinstimmend lautende Notiz, die das Wirken Döblins wie die Entwicklung unsrer Organisation unter seiner Führung bespricht sowie anerkennt und mit den warmen Worten abschließt: „Döblin hat in manchen für den Verband schweren und stürmischen Zeiten in fester Entschlossenheit seinen Mann gestanden, und so wird dem in Gewerkschaftskreisen allgemein beliebten Gewerkschaftsführer auch an seinem Jubiläumstage der Glückwunsch zuteil werden: Mögen ihm noch viele Jahre regenreicher Tätigkeit beschieden sein!“

Einige Blätter anderer Richtung haben das Jubiläum Döblins zum Anlaß genommen, neben freundlichen Worten für den Gefeierten ihre Ansichten über den Verband, seine Leistung und seine Entwicklung unter einem Gesichtswinkel zu äußern, der nicht der unsrige ist, andererseits aber dem Traft der Christlichen über unsre Organisation so widerspricht, daß eine erbeiternde Wirkung unausbleiblich ist.

Zum größten Teil gedachte die Presse des Amtsjubiläums unsres Vorstehenden bereits im Anschluß an die Danziger Generalversammlung.

Die „Zeitschrift“ hat auch des 1. September gedacht. Wir ziffern daraus: „Daß er 25 Jahre die Leitung des Verbandes in Händen haben konnte, ist um so bemerkenswerter, als der Verband mit einer solchen Abhänglichkeit an seinen Vorstehenden unter den deutschen Gewerkschaften allein dasteht. Daß Döblin immer der Vertreter der eigentlichen gewerkschaftlichen Interessen gegenüber politischen Einflüssen gewesen ist, hat dazu beigetragen, auch in den Kreisen der Prinzipalität die Achtung vor seiner persönlichen Nützlichkeit und Zuverlässigkeit zu steigern. Döblin will sich darin auch wohl dauernd treu bleiben. Auf einer jüngst stattgefundenen Bezirksversammlung hat er jedenfalls deutlich vor der Beteiligung an einem politischen Massenstreike gewarnt.“

Es sei noch vermerkt, daß auch von Prinzipalen, die mit dem Kollegen Döblin in den Tariforganen zusammenarbeiten, eine Reihe von Glückwünschen einging.

Von den vielen andern sei nur der sehr schöne und auch sehr bemerkenswerte des Kollegen Schliebs (aus einer Sommerfrische in Finsterbergen) im Vorkauf angeführt: „Ein Werben war es, ein Kämpfen und Ringen / Mannhaftes Wirken, ein Selbstbezwingen; / Ehrliches Wollen, ein Schaffen in Treuen / Ein Aufwärtsstreben, ein ewig Erneuen / Ein Wägen und Wagen, ein Sagen und Hoffen / Kein Ruhen und Rasten! / Hast Dich selbst überfrotten! / Der Nhrabe abhold, immer zum Frieden geneigt / Hast Du Dich niemals aufbrauender Stimmung gebeugt! / So bist Du in fünf und zwanzig Jahren wie ein rechtschaffener Mann verfahren / Und darfst heute das silberne Reis entgegennehmen als Arbeitspreis! — Laß Dir die Hände drücken von weif und breit, geschleht's doch in Freundlichkeit und Herzlichkeit, / Und laß unter den vielen auch mich noch sein, der herzlich stimmt mit in den Jubel ein!“

Wir glauben im Sinne des Jubilars richtig zu handeln, wenn wir die Aufzählung dieser Prestigien usw. mit einem nochmaligen Danke für die damit bekundete freundliche Gesinnung ausklingen lassen. Unsere Kollegen aber ist Gelegenheit geboten, über das, was war und was jetzt ist, einige zweckdienliche Betrachtungen anzustellen.

□ □ Die +++ Maschinenseher □ □

Eine ganz besondere Spezies innerhalb unseres Berufs bilden die Maschinenseher. Sie sind sich darüber selbst ganz klar, daß sie eine Stellung im Buchgewerbe errungen haben, die den Leistungen an sich nicht entspricht; eine arge Übertreibung ist es, daß die Behandlung der Sehmachine ein großes Kunststück ist; die vorkommenden Störungen muß jeder Seher, der eine ordnungsgemäße Lehrzeit hinter sich hat, beheben können; meistens ist es aber Nachlässigkeit und böser Wille, die hier eine Rolle spielen; hat so ein Maschinenseher mal einen Hering bekommen, so kühlt er sehr gern sein Mißtrauen an dem bösen Vorgesetzten, er läßt die Maschine verlagern und bringt den Faktor der Verzweigung nahe; die Maschinenseher sind heute noch in der glücklichen Lage, sich ihre Stellungen auszusuchen zu können; den notorischen Mangel an Maschinensehern bemerken sie dazu, nicht dem Prinzipal und den Faktoren gegenüber als die Unentbehrlichen aufzuspielen, wollen nur mit Glacehandschuhen angefaßt sein, und man muß ihnen von Herzen dankbar sein, daß sie überhaupt noch Sach hinterlassen; diese Arbeiterkategorie bekommt nun noch eine Ausnahmebestimmung in materieller Hinsicht, nämlich den durch nichts gerechtfertigten Aufschlag von 25 Proz.; trotz dieser bevorzugten Lage sind sie nicht einmal gewillt, aus der Maschine die höchsten Leistungen herauszuholen; durch Verjagung der Fachpresse mit Notizen über Sehmachinen schrecken sie andre ab, damit sich der Ring der Maschinenseher nicht allzu sehr vergrößere und dergleichen mehr.

Also geht zu lesen in Nr. 72 der „Zeitschrift“, wo in einem Leitartikel ein Herr M-e seinen bedrängten Herzen über die Maschinenseher Luft macht. Der Artikel reißt sich würdig seinen Vorgängern in der „Zeitschrift“ an und zeigt weniger von Sachkunde in der beregten Frage als von der jetzt systematisch betriebenen Sehe gegen die Maschinenseher, die von gewisser Seite unter Hinzuziehung von „Fachleuten“ in Szene gesetzt worden ist.

Wenn ich nun auch, wie M-e meint, „durch meine früheren Artikel, in denen ich angelegene Fachleute angriff, unliebsam bekannt bin“ (in einer andern die Maschinenseher betreffenden Frage lautete das Urteil über meine Artikel indes etwas anders, und zwar befahte sich mit der gleichen Frage ein Mann vom Fach in der „Zeitschrift“), so will ich doch noch mehr von dieser Schuld auf mich laden, selbst auf die Gefahr hin, es auch mit M-e verdorben zu haben.

Die Ursache des Artikels von M-e waren die vorangegangenen Artikel in der „Zeitschrift“ „Machiner der Sehmachine und der Maschinenseher“ sowie „Sand- und Maschinenseher“. Aber den ersten Artikel, der mit noch zwei andern in der „Zeitschrift“ veröffentlichten derselben Feder entstammte, wird ja bei gegebener Zeit noch einiges zu sagen und auch der „Zeitschrift“ im besondern dafür etwas in das Stammbuch zu schreiben sein.

Die Wesensverwandtschaft des M-e-Artikels mit den vorerwähnten Aufsätzen bringt es mit sich, daß im allgemeinen es Zeitverschwendung wäre, des längeren sich mit den darin zutage getretenen Ansichten über die Maschinenseher und ihre Arbeitsweise zu befassen: es sind dieselben alten Kamellen.

Aber er macht ein paar Vorschläge, die der Erörterung wert sind. So verlangt er, daß zu Vorkesseln der Sehmachinenabteilung nur Leute gewählt werden, die die Maschinen gründlich kennen, und ist erfreut über den in Berlin gemachten Anfang, den Faktoren durch einen Kursus in der Fabrik die gründliche Kenntnis des Mechanismus zu vermitteln. Auch M-e wäre zu empfehlen, einen solchen Kursus an der Sehmachine durchzumachen, dann würde er die Leser der „Zeitschrift“ mit ähnlichen Artikeln in Zukunft versehen. Denn der bisherige Erfolg dieses Kursus in der Sehmachinenfabrik war der, daß die daran teilnehmenden Faktoren in der Mehrzahl ihr Urteil über das Arbeiten an der Sehmachine wesentlich geändert haben: es sieht eben in der Praxis etwas anders aus als von der Höhe des Faktorensessels! Auch wäre es für M-e ratsam, nach einem solchen Kursus noch weiter als Maschinenseher unter gleichen Bedingungen wie in seiner Druckerei zu arbeiten, um zu erproben, inwieweit die Arbeit an der Sehmachine eine „nervenzerrüttende“ sei, die eine ganz andre Arbeit- und Geisteskraft erfordert als der Handfabrik. Ich glaube, M-e würde nicht mehr einem Seher, der diese Ansicht äußert, „mit dem alten Augurenlächel freundlich ins Gesicht sehen“, sondern noch öfter in

Verzweiflung geraten, als dies angeblich durch die Maschinenseher geschieht, wenn die Maschinen verlangen — „durch Nachlässigkeit und bösen Willen“.

M-e weiß bei seiner Enttäuung über die 25 Proz. auf die Verhältnisse in Amerika hin, wo dieser Unterschied zwischen Sand- und Maschinenfabrik nicht besteht. Nun, M-e kann sich die Dankbarkeit aller deutschen Maschinenseher und nicht zuletzt auch der Handseher erwerben, wenn er dafür eintreten würde, in Deutschland amerikanische Lohnverhältnisse — amerikanische Arbeitsverhältnisse haben wir bereits — einzuführen. Bekanntlich besteht in Amerika die achtfünfstündige Arbeitszeit, eine fünfstündige Leistung von mindestens 5000 Buchstaben, die Verantwortung über die Maschine haben Mechaniker und die Lohnverhältnisse betragen in New York in den Zeitungen 121—134 Mk., ebenso in San Francisco, in Sacramento 107—119 Mk., in Chicago 100—110 Mk. usw. Es dürfte sich wohl kein deutscher Maschinenseher finden, der sich unter solchen Verhältnissen an die 25 Proz. klammern würde.

Auch der „notorische Maschinensehermangel“ muß bei M-e wieder herhalten. Und da ist es ein interessantes Zutreffen, daß am Erscheinungstage des „Zeitschrift“-Artikels im Altmündigen Anzeiger ein zweispaltiges Inserat stand, in dem 53 Linotypseher mit Praxis bis zu 15 Jahren von Berlin aus Stellung suchten! Vor kurzem wurde in einer süddeutschen Großfabrik ein Linotypseher gesucht; wenige Tage später stand ein Inserat der Firma im Altmündigen, in dem sie sich bei den „zahlreichen Bewerbern um die Linotypseherstelle“ bedankte. Auch ein Beitrag zur Frage des Maschinensehermangels!

Aber umgekehrt machen sich heute den notorischen Maschinenseherüberfüllung die Firmen zunutze, die Maschinenseher benötigen. Es ist kaum glaublich, was man von den Kollegen für das Minimum an Leistungen verlangt, und unter welchen Umständen die die Stellung antreten sollen. Eine Veröffentlichung des Schriftwechsels zwischen den Firmen und den Konditionslosen würde M-e zeigen, inwieweit „die Maschinenseher heute in der glücklichen Lage sind, sich ihre Stellung auszusuchen zu können“.

M-e ist auch der Ansicht, daß die angeregte Frage grundsätzlich nur in mündlicher Aussprache behandelt werden kann — das kann man nach den Erfolgen, die die bisherigen „Zeitschrift“-Artikel gehabt haben, wohl begreifen. So im internen Kreise, so ganz unter sich, da kann man seine Klage lieber über die +++ Maschinenseher erlösen lassen; da hat man die Kritik von Sachverständigen nicht zu fürchten, und in welcher „objektiven“ Weise man die Maschinenseherfrage behandelt, geht aus dem Protokoll einer Versammlung von Sehmachinenbestehern deutlich hervor.

Das eine steht ja fest, das Scharfmachen gegen die Maschinenseher läßt sich in diesen Zirkeln intensiver betreiben. Solange diese Tätigkeit im Rahmen einer akademischen Erörterung sich bewegt, wollen wir diese Kreise nicht stören. Anders wird die Stellungnahme der Maschinenseher erst werden, wenn sich die Früchte der Scharfmacherei, in den Sehmachinenfabriken sichtbar machen, wenn allzu krafft gespannt, zerpringt der Bogen, und auf den Schützen liegt der Pfeil zurück.

Argos.

□ □ Zur Arbeitslosenfrage □ □

II.

Milderung der Arbeitslosigkeit.

Wenn es nun also bei unvorratshapitalistischer Produktionsweise kein Recht auf Arbeit gibt, so gibt es doch unter allen Umständen ein Recht auf Erfrischung. Und das muß anerkannt werden. Auch der Staat erkennt das an in der Armenunterstützung und in der Versicherungs-gesetzgebung. Durch die letztere werden die schlimmsten sozialen Bedrücknisse des kranken, unfallverletzten und invaliden Arbeiters gemildert. Genau so gut hat der Staat die Pflicht, die Bitter der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, die wohl heute das schlimmste soziale Übel für den darstellt, der auf Arbeit zur Fristung seines Lebens angewiesen ist, zu mildern.

Mit allerlei Scheinargumenten bekämpfen die Vertreter der besitzenden Klasse die Forderung, daß der Staat die unverschuldeten Arbeitslosigkeit etwa durch eine Art Versicherung so mildert wie bei Krankheit, Unfall- und Alter.

Nehmen wir doch einmal die hauptsächlichsten Einwände unter die kritische Lupe.

Da heißt es von ganz besonders großen Ungratanten: Es ist Arbeit genug vorhanden. Jeder kann arbeiten, wenn er nur will! Die zahllosen Statistiken der Gewerkschaften, besonders auch unserer Organisation, beweisen das Gegenteil. Vielleicht ist es auch nicht uninteressant, darauf zu verweisen, daß das schweizerische statistische Amt vor einigen Jahren konstatiert hat, daß 87 Proz. aller Arbeitslosen unverschuldet arbeitslos sind. Interessant ist für alle die, die immer wieder mit der Arbeitslosigkeit der Arbeitslosen kommen, vielleicht auch der Hinweis, wie es einem ungarischen Gerichtspräsidenten einmal ergangen ist. Dieser — Sarkany in Budapest — hatte gelegentlich einer Verhandlung gegen einen wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagten Arbeitervertreter — er hatte in einer Arbeitslosenversammlung die Ursachen der Arbeitslosigkeit dargelegt — die Zerknung fallen lassen: Du Ungar könne jeder brave Arbeiter, wenn er nur wolle, 5 Kr. täglich verdienen.

Am nächsten Tag erschien in Budapest Blättern im Inseratenfelle folgende Annonce:

Arbeiter, die täglich 5 Kr. verdienen wollen, können sich melden. (Gibt Adresse des Gerichtspräsidenten.)

Seidem war es um die Ruhe des Mannes geschehen. Tausende von Arbeitern meldeten sich, und täglich 5 Kr. zu

verdienen. Der Gerichtspräsident gab dem Arbeiterführer, der die Annonce unterzeichnet, gute Worte, die Annonce zu stilleren, und versicherte, daß er im Unrechte gewesen sei. Der Mann wird schwerlich wieder solche kühne und gewagte Behauptungen aufstellen!

Eine sehr beliebte Einwendung ist auch die: Auf dem Lande gibt es genug Arbeit. Dort herrsche eine solche Arbeiternot, daß Ausländer geholt werden müßten. So schrieb vor einiger Zeit ein agrarischer Organ:

Auf dem flachen Lande herrscht eine chronische Leute-not; der Landmann weiß oft nicht, woher er die nötigen Arbeitskräfte nehmen soll, und dabei treiben sich Hunderttausende männlicher Personen bettelnd umher, von denen der meistaus größte Teil vollständig arbeitsfähig, zugleich aber auch gründlich arbeitsüch ist. Ausführungen solcher Art zeugen von völliger Verkennung der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse, aber noch mehr von Gewissenlosigkeit.

Ganz abgesehen davon, daß einem gelehrten Arbeiter nicht zugemutet werden kann, Arbeit zu verrichten, die er nicht gewohnt ist, kommen auch die elenden rechtlichen Verhältnisse, unter denen die ländlichen Arbeiter schmachten, in Frage; auch der erbärmliche Lohn, die teilweise schimpfliche Behandlung usw. Dabei wollen die Grundbesitzer gar keine Arbeiter aus der Stadt, weil die zu aufkeimend sind und sich nicht alles gefallen lassen. Zudem ist ja bekanntlich in den meisten Berufen — im Buchdruckerberufe trifft das allerdings nicht zu — im Winter die Arbeitslosigkeit am größten — und da ist der Grundbesitzer froh, daß er keine Arbeiter zu halten braucht. Die ausländischen Arbeiter sind ihm schon um deswillen lieber, weil sie im Herbst in ihre Heimat zurückkehren. Es ist also eitel Heuchelei, wenn in der eben gekennzeichneten Weise geredet und geschrieben wird.

Auf einem internationalen Arbeiterkongresse führte Molkenbuh an, daß nach den Arbeitslosen-zählungen, die im Sommer und Winter des Jahres 1895 vorgenommen wurden, in Deutschland festgesetzt wurde, daß im Sommer 200000 und im Winter 500000 Arbeitslose, also im Durchschnitt des Jahres etwa 300000 Arbeitslose vorhanden waren. Das „Reichsarbeitsblatt“ weist untrüglich nach in seinen Statistiken, daß es immer Arbeitslose gibt in irgend einem Berufe, selbst in der besten Hochkonjunktur. Ebenowenig stimmt der Einwand mit der Saisonarbeit. Gewiß gibt es Saisonberufe, die, wie im Baugewerbe, mit einer alljährlich wiederkehrenden Arbeitslosigkeit rechnen müssen; aber diese Tatsache beweist an sich nichts gegen die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit auch im allgemeinen eine außerordentlich große ist.

Die Arbeitslosigkeit selber, und zwar die unverschuldeten, kann also nicht beweiskräftig abgefriffen werden. Sie muß zugestanden werden. Inbes dann kommt man mit andern Einwänden, um eine Verpflichtung der Gesellschaft, etwas zur Milderung der Schäden der Arbeitslosigkeit zu tun, vernünftiger zu können. Aber diese Einwände sind geringfügig und haben sich schon wiederlegt.

Da wird dem Arbeiter der billige Rat gegeben, zu sparen, damit er wie der Bär in seinem Winterchlaf von dem in den guten Zeiten angekommenen Fetts zehren kann. Dabei kann man an der Hand der heutigen Einkommens- und Preisverhältnisse unüberleglich nachweisen, daß wenn der Arbeiter spart, er das nur tut auf Kosten seiner und seiner Familie Gesundheit.

Es ist doch bekannt, daß vor gar nicht langer Zeit von einem Professor nachgewiesen wurde, daß bei den heutigen Preisen der Nahrungsmittel ein Familienvater, der eine Normalfamilie von fünf Köpfen zu ernähren hat und so leben will wie der deutsche Soldat, alsdann nur für Lebensmittel nicht weniger wie 1360 Mk. ausgeben muß. Ja, fragen wir, welcher Arbeiter kann das?

Es wird auch manchmal auf die Armenunterstützung verwiesen, die ja schon eine Art öffentlicher Arbeitslosenfürsorge sei. Es ist bekannt, daß die Armenfürsorge erst dann eingreift, wenn die Not einen hohen Grad erreicht hat. Außerdem ist mit dieser Unterstützung eine Art Mahel, eine Brandmarkung verbunden und außerdem ein Verlust der politischen Ehrenrechte. Aufgeküßelte Arbeiter legen aber großen Wert auf ihre Staatsbürgerrechte, um diese so leichten Kaufs aufzugeben. Damit darf man also auch nicht kommen, wenn sich die Gesellschaft von ihren sozialen Verpflichtungen befreien will.

In einer Denkschrift des Syndikus des Verbandes der Industriellen jagte dieser, durch eine Arbeitslosenversicherung werde das Verantwortungsfühl der Arbeiter beeinträchtigt. Die Regierung dürfe sich nicht zugunsten der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kampf einschleichen. Der konservative Landtagsabgeordnete Pfarrer Seckenroth in Alfenkirchen meinte in einer Generalversammlung des konservativen Vereines:

Die Arbeitslosenversicherung sei nichts als eine Prämie auf die Faulenzerei, sie sei undurchführbar. Durch solche utopistische Forderungen werde nur die Anzuehmlichkeit geweckt. Die erste Grundfrage bei jedem weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung müsse immer die sein, ob auch die Unternehmer neue Lasten nach tragen können.

Das ist bekanntlich der Entwurf der Unternehmer bei jeder sozialpolitischen Forderung. Es muß aber demgegenüber daran erinnert werden, daß ja die Unternehmer die Aufwendungen für die sogenannten sozialen Lasten oder etwaige Wohlfahrtsanstaltungen noch immer in ihre Betriebskosten hineininkorporieren. Dafür ist Beweis eine Stelle aus der „Deutschen Arbeiterzeitung“. Es heißt darin:

Die auf das Wohl der Arbeiter gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen rein charitativen Charakter; sie entspringen in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art (1). Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Geber

und Empfängern, d. h. also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrts-einrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie vom Arbeitslohn abzieht. Auch der verlassene Staatssekretär Graf Bosdovsky sagte in einer Denkschrift an den Reichstag in dieser Frage:

Die Beiträge bilden einen Teil der Produktionskosten und werden normalerweise wie alle andern Betriebsausgaben vom Unternehmer ausgelegt, um sie zuzüglich des Unternehmerrückgewinns von den Abnehmern seiner Erzeugnisse in dem Preis erfasst zu bekommen.

Ma also! Die Einwände sowohl des preiserfassenen Scharfmachers wie des scharfmacherischen Syndikus sind dadurch kläglich widerlegt, insofern über die „Kassen der Sozialreform“ geklagt wird. Und was das Eingreifen der Regierungen zugunsten der Arbeiter in den wirtschaftlichen Kampf anlangt, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Regierungen usw. bisher unfähig waren nur das Gegenteil getan haben. Wie sagte doch der frühere Minister Herr v. Bötzinger bei einem Festmahle der rheinischen Industrie-magnaten, als diese über mangelndes Entgegenkommen der Regierung ihren Wünschen gegenüber klagten: „Aber, meine Herren! Wir arbeiten ja nur für Sie!“ Und so war es immer. Auch die Buchdrucker können ein Lied davon singen anlässlich des Streiks von 1891/92. Alle Einwände sind hinfällig, die sowohl gegen ein Bestehen einer Arbeitslosigkeit oder gegen die Pflicht des Staates, helfend einzugreifen, aufgeführt werden.

Gewiß gäbe es noch ein Mittel, die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum zu beschränken: die Verkürzung der Arbeitszeit, den gesetzlichen Höchststundenmaximalarbeits-tage. Die Gewerkschaften haben allezeit und nicht ganz ohne Erfolg um eine Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft. Aber jeder erfahrene Gewerkschaftler weiß, wie schwer es ist, den Unternehmer gerade hierzu zu bewegen. Eher noch zu Lohnerhöhungen.

Dieses halskarrige Verhalten der Unternehmer hat seinen guten Grund. Eine Lohnerhöhung hebt zwar die materielle Lage der Arbeiterklasse, verschiebt aber das Kräfteverhältnis zwischen dem Gegnern Kapital und Arbeit nicht so wesentlich wie eine Arbeitszeitverkürzung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Eine solche vermindert naturgemäß die Konkurrenz der Arbeiter unter sich und erhöht den Preis der (weniger angebotenen) Arbeitskraft. Friedrich Engels wies schon 1845 darauf hin, daß die durchschnittliche Lohnhöhe nicht unwesentlich von der Konkurrenz der Kapitalisten unter sich und der der Arbeiter abhängig ist.

Vom Staat ist auf längere Zeit hinaus nichts zu erwarten, wenigstens in Deutschland nicht. Welch langer Kampf auf parlamentarischem Boden das es bedurft, um nur den gesetzlichen Höchststundenmaximalarbeits-tage zu bekommen! Dazu war nicht nur ein größter moralischer Druck auch der bürgerlichen Sozialideologie notwendig, nein, es mußte auch erst durch den operativen und verlustreichen Kampf in der Krimmischauer Textilindustrie die Frage vor das Forum der weitesten Öffentlichkeit gebracht werden.

Es ist ja auch durch das energische Drängen der Arbeitervertreter im Reichstage gelungen, für einige besonders gesundheitschädliche Berufe eine Begrenzung des Arbeitstages zu erreichen, aber im allgemeinen sind wir von dem gesetzlichen Maximalarbeits-tage für männliche erwachsene Arbeiter heute weiter entfernt wie je zuvor. Es gilt auch heute noch in der Regierung, was der frühere Handelsminister Möller seiner Zeit bei der Beratung eines entsprechenden sozialdemokratischen Antrags sagte:

Die Einschränkung des Arbeitstages des erwachsenen männlichen Arbeiters ist eine grausame Maßregel; denn dadurch wird es ihm unmöglich gemacht, durch Fleiß sich aus der Masse seiner Kameraden herauszuarbeiten.

Eine ministerielle Verherrlichung des bei den Buchdruckern und auch wohl in andern Gewerben mit Recht so verhassten „Schuffers“, eine Verherrlichung der Schädlinge eines jeden Berufs! Außerdem möchten wir den Arbeiter sehen, der durch eine lange Arbeitszeit sich aus der Masse seiner Kameraden herausgearbeitet hat. Das Gegenteil ist gerade richtig. In den Berufen, in denen noch die längste Arbeitszeit zu finden ist, bestehen noch die niedrigsten Löhne. Eine lange Arbeitszeit verhindert erfahrungsmäßig den Arbeiter, sich um die Vertretung seiner Interessen zu kümmern. Das ist aber der wahre Grund für alle Feinde der Arbeiter und der Verkürzung der Arbeitszeit, mit allen möglichen Mitteln eine Verkürzung der Arbeitszeit und damit eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, der Reservearmeen, hintanzufahren.

In einem dritten und letzten Artikel wollen wir die Frage der Arbeitsnachweise, soweit sie mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, sowie die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitslosenversicherung behandeln.

reichlichen Kollegenchaft war er auf verschiedenen General- versammlungen unfers Verbandes ein immer gern gesehener Gast, der bei aller Sozialität, die nun einmal im Wesen des echten Wieners liegt, auch ernsten Situationen trefflicher gegenüberzutreten und sie verantwortungsbewußt zu beurteilen verstand. Zur Verechtung der Interessen des werktätigen Volkes übertrug die österreichische Arbeiterchaft dem Kollegen Reismüller auch ein Reichsratsmandat.

Der Grund zu seinem nunmehrigen Rücktritte von dem Amte des Verbandsvorsitzenden ist auf die Unstimmigkeiten in österreichischen Tarifamt im März dieses Jahres zurückzuführen, von denen wir eingehender Notiz nahmen. Der damalige Konflikt entsand anlässlich einer Abstimmung der Prinzipalvertreter im Tarifamt. Die Gehilfenvertreter erblickten in dieser Abstimmung ein tendenziöses Klassenurteil und legten infolgedessen mit ihrem Obmann Franz Reismüller ihre Anter nieder. Der Prinzipalvorsitzende wies den Vorwurf sofort zurück und bemerkte dabei, das Vorgehen Reismüllers scheine ein vorbereiteter Schritt zu sein. Unter den gegebenen Umständen blieb jedoch nichts andres übrig, als die Sitzung des Tarifamts zu schließen. Infolgedessen war die Funktion des Tarifamts sowie der Schiedsgerichte mehrere Monate hindurch unterbrochen. Auf Grund einer Ausprache zwischen dem Prinzipalvorsitzenden des Tarifamts und den Vertretern der Gehilfenchaft konstituierte sich später eine von beiden Seiten gleichmäßig besetzte sechsgliedrige Kommission. Diese hatte die Aufgabe, zu unteruchen, ob und inwiefern tatsächlich Beeinträchtigungen des Tarifamts vorgekommen seien bzw. ob solche Beeinträchtigungen auf die bereits erfolgte Abstimmung der Prinzipale Einfluß hatten sowie ferner Feststellungen zu machen hinsichtlich der von Reismüller herangezogenen Umstände, die seine und seiner Kollegen Amtsniederlegung zur Folge hatten. In mehreren Sitzungen beschäftigte sich dann die Kommission mit der ihr gestellten Aufgabe, ohne zu einem konkreteren Resultate zu gelangen. Mit Rücksicht auf die eintigmachen geklärt Sachlage und wegen der Schwierigkeiten der Beweisführung, hauptsächlich aber im Interesse der Tarifgemeinschaft, war der Vorsitzende der Kommission in der Sitzung am 21. Mai die Frage auf, ob die Angelegenheit nicht durch eine Erklärung schon in diesem Stadium beigelegt werden könnte. Daraufhin kam denn auch eine vom Prinzipalvorsitzenden des Tarifamts, Holzhausen, und Kollegen Reismüller redigierte Erklärung zustande. Darin erkannte letzterer an, daß es ihm nie eingefallen sei, an der persönlichen Ehrenhaftigkeit der Prinzipalbeisitzer im Tarifamt zu zweifeln, und daß er unbedacht seiner prinzipiellen Anschauung in dem tariflichen Streitfall selbst im Laufe der Kommissionsverhandlungen erkannt habe, daß die Prinzipalbeisitzer einzig und allein nach ihrer persönlichen Anschauung abgeurteilt haben, und daß an ihrer Integrität auch der Versuch einer Beeinträchtigung abgeprallt wäre.

Damit galt der Streitfall als beigelegt und Tarifamt hätte Tarifschiedsgerichte-nachricht ihre Funktionen wieder auf- Die Art dieser Beilegung scheint jedoch der Beifall der Gehilfenchaft nicht gefunden und den unmittelbaren Anlaß zum Rücktritte des Kollegen Reismüller von seinem Posten als Verbandsvorsitzender und Gehilfenvorsitzender des Tarifamts gebildet zu haben. Die von dem Zurückgetretenen abgegebene Erklärung lautet wie folgt:

Anlässlich der Austragung des Konfliktes im Tarifamt habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß ein Großteil der Kollegenchaft mit der Erlebigung dieses Konfliktes nicht einverstanden war. Insbesondere wurde mir zum Vorwurfe gemacht, daß ich die bekannte Erklärung abgab und auf der Durchführung des Wahrheitsbeweises nicht beharrte. Ohne mich in eine Erörterung dieser Angelegenheit weiter einzulassen, will ich nur konstatieren, daß ich meinte, so den Interessen der Tarifgemeinschaft am besten zu dienen. Da aber dieses Bestreben meinerseits bei der Kollegenchaft nicht Anklang gefunden, so erkläre ich, daß ich eine neuerliche Kandidatur für den Posten des Verbandsobmanns ablehne. Dieser mein Entschluß ist unabänderlich, da ich noch als weiteren Grund anführen muß, daß mir ärztlicherseits Schonung meiner Gesundheit dringend empfohlen wurde.

Auch in bezug auf meine Stellung als Gehilfen-vorsitzender des Tarifamts werde ich die nötigen Konsequenzen ziehen.

Franz Reismüller. Die österreichischen Kollegen haben dem als unabänderlich bezoglichen Rücktritte ihres bisherigen Verbandsvorsitzenden bereits durch die Nominierung eines Nachfolgers Rechnung getragen. Das vom Niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftgießerverein im Auftrage des Verbandsvorstandes eingesetzte Wahlkomitee zur Aufstellung von Kandidaten für den Verbandsvorstand hat im Beisein von Vertretern der Kronlandsvereine Böhmen, Mähren und Oberösterreich beschlossen, den Kollegen Leopold Pochop als Verbands-vorsitzenden in Vorschlag zu bringen. Genannter war bisher Obmann des niederösterreichischen — also des größten — Kronlandsvereins.

Holland. Es ist in Holland wohl keine Stadt denkbar, die so reich ist an mittelalterlichen Bauten, Kata-komben, Forts und Festungswällen, wie die alte Feste Maastricht. Doch mit all diesen Erinnerungen ist es eine Stadt, die in keinem Falle dem Fortschritt der Zeit und dem Fortschritt der Technik Rechnung getragen hat; und was die Hauptsache ist, nicht den mindesten Anteil nimmt an der Modernisierung der menschlichen Gesellschaft, die heutzutage als eine Notwendigkeit empfunden wird. So müßten an Stelle der schlechten Wohnungen, engen nicht gerade wohlhabenden Straßen und Stegen zeitgemäße Gebäude und Luft und Licht gebende Wohnungen errichtet werden, damit auch die arbeitende Klasse am Lebensgenuß mehr Anteil nehmen könnte. Die letzte Begebenheit, die Auseinandersetzungen zwischen den führenden Organen der christlichen resp. katholischen Fachvereinigungen und dem

„Grafisch Weckblad“ hat diejenigen, die mit den allgemeinen Arbeiterzuständen in Limburgs Hauptstadt noch nicht so bekannt waren, auf andre Gedanken geführt. Die Einwohnerchaft von Maastricht gehört zu 95 Proz. der katholischen Konfession, die sich zum allergrößten Teile wieder aus dem Arbeiterstande rekrutiert. Diese Menschenklasse hat unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden, wofür Beweise vorliegen; ja sogar in dem Auszug eines aus jüngerer Zeit datierten offiziellen Gemeindefachprotokolls ist an einer Stelle zu lesen, „daß ein großer Teil der Maastrichter Gemeindefacharbeiter Armenunterstützung bezieht“. Es ist unter diesen Umständen angebracht, an die Führer der katholischen Fach- abteilungen einmal die Frage zu stellen, welche Resultate sie denn eigentlich während ihres jahrelangen Wirkens hinsichtlich der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter erzielt haben. Daß heute der Stein ins Rollen gekommen, ist nicht zum mindesten dem Subjassen des Allgemeinen niederländischen Synographenbundes zu danken. Dieser freie Verband lehnte es auch nicht ab, mit dem katholischen Synographenbund in ehrlicher und loyaler Weise gemeinsam an der Verbesserung des Buchdruckergewerbes mitzuarbeiten. Weiterhin ist es aber auch wohl diesem Eingreifen des holländischen Buchdruckerverbandes zu danken, daß neuerdings in Maastricht unter dem Vorhabe des Vertrauensmanns des Prinzipalvereins, Herrn Verraar, eine Versammlung der Buchdruckerbeisitzer aus der Provinz Limburg stattfand, in welcher ein südlicher Distrikts- verein gegründet wurde. Den Vorstand dieses Vereins bilden die Herren C. Appels, C. Regout, Direktor der niederländischen Kartonnagenfabrik und Buchdruckerei, in Maastricht und A. Albers, Mitinhaber der Firma J. A. Albers, in Sittard.

Vor einigen Jahren wurde infolge der gegen die Staatsdruckerei gerichteten Angriffe eine Unter- suchungskommission ernannt, deren Bericht nicht allzu schmeichelhaft ausgefallen zu sein scheint, denn an Stelle dieser ist nunmehr eine permanente Aufsichtskommission ein- gesetzt worden, welche mit dem 1. Oktober ihre Funktionen übernimmt und deren Mitglieder von der leiblich ab- getretenen Regierung ernannt wurden. Hierbei ist es auf- gefallen, daß die Buchdrucker Wierdels und De Groot als Mitglieder der ersten Untersuchungskommission für die Folge von der Mitarbeit ausgeschlossen blieben. Diese beiden Herren müßten wohl diejenigen gewesen sein, welche bei der Untersuchung am meisten kritisch zu Werke gegangen sind, weshalb Herr Verraar im Prinzipalorgan „Het Tarief“ über die jetzige Kommissionsbewegung den Stab bricht, indem er ausführt, es scheine, als ob die Regierung keine Beaufichtigung wünsche und eine solche Kommission nur dem Zwecke diene, die hohen Belohnungen, die eine solche Arbeit einbringe, einzufahren. Wie nämlich aus dem Berichte der Untersuchungskommission, welcher dem Parlamente zur Kenntnisnahme überreicht wurde, hervor- geht, hat die Untersuchung ergeben, daß in der Staats- druckerei ohne Sachkenntnis mit etwa anderthalb Millionen Gulden in rücksichtslosester Weise drauflosgewirtschaftet worden ist, und daß dort unhaltbare Zustände herrschten, u. a. daß auch die Buchführung alles andre denn ordnungs- mäßig gewesen sei. Auch verriß der Bericht, daß die durch Herrn Wierdels aufgedeckten vielen Fehler und vorgekom- menen Mißgriffe nur die Unterstützung seines Kollegen De Groot gefunden haben. Tatsache bleibt, daß nach Bekannt- werden dieses Berichtes den vornehmsten Wünschen dieser Kommission Gehör geschenkt wurde, nämlich der Einfüh- rung der kommerziellen Buchführung und der Ernennung einer permanenten Aufsichtskommission, welche denn auch mit dem 1. Oktober in Kraft treten wird. Auch in der Druckerleitung hat ein Wechsel stattgefunden. Durch ihre an den Tag gelegte ehrliche Arbeit hätten also De Groot und Wierdels eine so große Angeklichkeit begeben, daß sie für eine weitere Amtierung unbrauchbar waren. An ihrer Stelle wurden die Buchdruckerbeisitzer Daamen und Zwart ernannt. Der Bericht schließt mit den Worten: Auch in der Staatshaushaltung geht es manchmal sonder- bar zu.

Großbritannien. Erfreuliche Begebenheiten sind aus dem britischen Inlande, wenigstens soweit Buchdrucker- liches in Betracht kommt, nicht viel zu melden. Nach dem Halbjahrsbericht der Londoner Sehergesellschaft wurden 11376 Pfd. Sterl. für Arbeitslosenunterstützung ge- zahlt. Im vorigen Jahre waren für dieselbe Zeit 17353 Pfd. Sterl. erforderlich und in 1911 sogar 21070 Pfd. Sterl. Im Januar gab es 1074 Arbeitslose, im Mai da- gegen nur 403. 76 Mitglieder starben während des Halb- jahrs. Das älteste Mitglied erreichte 91 Jahre, zehn schritten an 70 vorüber. 6600 Pfd. Sterl. wurden an Alters- und Invalidenpension ausgezahlt. Im 382 ver- ringerte sich die Mitgliedschaft durch Auswanderung, teils nach andern Gegenden des britischen Weltreichs, in dem die Sonne nie untergehen soll, teils nach dem großen Schatzenreiche. Man hat allerdings englische Arbeiterführer auch schon sagen hören, daß es Teile im britischen Welt- reich gibt, in denen die Sonne bis jetzt noch nie auf- gegangen ist. Die vielen deutschen Genossenschaftler, Ge- werkschaftler und Politiker, die im letzten Monate Groß- britanien durchkreuzt und durchquert haben und jetzt wieder durch die wild aufgepeitschten Calajanten der Heimat zu- eifert sind, finden daheim, wo gute Bekten und treffliche Abung ihrer harren, die alte Wahrheit aufs neue bekräftigt und gestützt, daß es einem an Ende doch nirgends so gut geht wie zu Hause. Mögen sie alles Gute, was sie gesehen und gehört haben in Deutschland einfließen, nur nicht die Fänderausbreitung und die 5 Schilling-Wochenlöhne der britischen Genossenschaften. Ein Londoner Buchdrucker- prinzipal hat auf seiner Reise nach Deutschland Gutes ge- sehen und hofft, es auch in Großbritannien zur Einführung zu bringen. Er berichtet über das Zusammenwirken des

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die neueste Nummer des Wiener „Vorwärts“ brachte die Mitteilung von dem pöblichen Rücktritte des langjährigen Verbandsvorsitzenden Franz Reismüller. Diese Nachricht wirkt um so überraschender, als der achte ordentliche Verbandsstag der österreichischen Organisation in Krakau unmittelbar vor der Tür steht, und die Tarifbewegung ebenfalls zur Entschcheidung drängt. Kollege Reismüller wurde im Jahre 1901 durch den vierten Verbandsstag in Wien zum Obmann des österreichischen Verbandsvorstandes gewählt. Als Vertreter der öster-

Verbandes und des Prinzipalvereins auf tariflichem Gebiete. 98 Proz. der Buchdrucker seien Gewerkschaftler und während der letzten 20 Jahre habe kein großer Streik stattgefunden. Das Zusammenarbeiten beider Verbände habe solchen Grad erreicht, daß sie imstande wären, widerspenstige Preisdrucker in Reich und Glied zu bringen. Das Londoner „Typographical Journal“ meint dazu, „daß dieser Prinzipal gerade der rechte Mann sei, dem Prinzipalverbände diese Politik zu unterbreiten, damit man in London so glücklich wird wie — in Leipzig.“ Wie alles, so hat natürlich auch diese sogenannte Gleichgültigkeit nicht bloß Licht, sondern auch Schattenseiten.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) Am 7. September hielt der Verein seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende widmete eingangs der Tagesordnung dem vor kurzem verstorbenen Arbeiterführer August Bebel einen warmen Nachruf, welchen die Versammlung stehend anhörte. Unter „Bereinstimmungen“ gedachte Kollege Braun der 25jährigen Tätigkeit des Kollegen Böblin als Vorsitzenden des Verbandes. Weiter konnte er die weniger erfreuliche Nachricht geben, daß die Schnellsechsmaschine auf den Markt gebracht worden ist, und daß eine derartige Maschine in einer Berliner Druckerei Aufstellung gefunden hat. Die Zahl der arbeitenden Maschinenfabriker nimmt an Ort immer größere Dimensionen an; allein 53 Linotypsetzer sind ohne Kondition. Zum nächsten Punkte der Tagesordnung erhielt Kollege Leder das Wort zu seinem Vortrage: „Sehn Jahre Zentralkommission“. Einleitend schilderte Redner die Verhältnisse nach Einführung der Sechsmaschinen in Deutschland, die Gründung und die Aufgaben der Spezialvereine und ihr Streben, die beruflichen Instanzen in ihrer auf die Tarifierung der Sechsmaschinen hinielenden Tätigkeit zu unterstützen. Redner beleuchtete dann die durch die Mehrzahl der Vereine an Zahl wie an Stärke hervorgerufene Notwendigkeit der Gründung einer Zentralkommission und die Vorarbeiten dafür. Übergehend zum eigentlichen Thema, führte der Vortragende dann den Kollegen die Tätigkeit der Zentralkommission vor Augen, ihre Arbeiten in chronologischer Reihenfolge würdigend. Die in die zehn Jahre fallenden vier Verbandsgeneralversammlungen fanden, soweit die Sparte von ihren Arbeiten berührt wurde, entsprechende Würdigung. Die Verhandlungen der beiden Maschinenfabrikerkongresse in Berlin und Hannover wurden eingehend besprochen, der großen Zahl von der Zentralkommission aufgenommenen Statistiken gedacht und das Wachstum der Spartenvereine an Hand ziffermäßiger Materials gewährt. Die Tarifgestaltung von 1906 und 1911 mit ihren Eigenschaften für die Maschinenfabriker wurden: objektiv gewürdigt und ihre Aufnahme in den Streifen der Spezialkollegen besprochen. Erwähnung fanden später die seitens der Zentralkommission zur Hebung der Werbefähigkeit der Spezialvereine herausgegebenen Agitationschriften, wie auch alle sonstigen, von Korporationen oder Einzelpersonen verfaßte, die Maschinenfabriker berührende Literatur erwähnt wurde. In seinem Schlussworte betonte Redner, daß es leider unmöglich sei, im Rahmen eines Vortrages alle Gebiete der Tätigkeit der Zentralkommission genügend zu erschöpfen. Viel wäre noch zu sagen über jene Kollegen, deren die Allgemeinheit schädigende Handlungsweise nicht zuletzt den Gegnern das Material zu den Angriffen auf die Maschinenfabriker bot und noch bietet, und deren Treiben nur zum Teil im Vortrage gebrandmarkt werden konnte. Redner forderte die Kollegen auf, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen und einmütig an den unruhigen harrenden Aufgaben der Zukunft mitzuarbeiten im Interesse der Sparte und zum Wohle des Verbandes. Reicher Beifall besahnte den Referenten für seine Ausführungen, und die Versammlung beschloß, diesen Vortrag drucken zu lassen und ihn so allen Kollegen zugänglich zu machen. Unter „Verschiedenem“ teilte Kollege Braun mit, daß am Sonntag, 28. September, in einer Vertrauensmännerversammlung im „Gewerkschaftshause“, die Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik ausgegeben werden. Am Sonntag, 12. Oktober, findet in der „Neuen Welt“ ein heiterer Familienabend statt. Sieben Neuaufnahmen konnten vorgenommen werden.

Behdör-Wissen-Kirchen. In unserm kleinen Ortsvereine herrscht erfreulicherweise ein frischer, lebendiger Geist. Vieles ist im so notwendigen, da wir am „Eingangstore zum Siegerlande“ stehen und „fremde Elemente“ nach Kräften fernhalten müssen. Unser jetziger Vorsitzender, Kollege Siggel (Behdör), hat es verstanden, Ordnung in die örtlichen Verhältnisse und Vereinsschicksale zu bringen und den gewerkschaftlichen Geist zu beleben. Ihm ist es zunächst zu danken, daß wir uns dem neugegründeten Gewerkschaftsbezirk für den Kreis Allenstein, ein äußerlich vorgeschobener Posten müssen im Lager der Christlichen, anschließen. Wenn wir zwar durch unsere kleine Zahl noch nicht so sehr in die Wagschale fallen, so find wir doch ein Sammelpunkt für die Einzelmitglieder anderer Organisationen geworden. In der letzten Versammlung am 7. September brachte der Vorsitzende die Unterstützungseinrichtungen des Gutenbergsbundes zur Sprache und rückte die christlichen Vorgesetzten in rechte Licht, indem er unsere Unterstützungsgüter mit denen des Bundes verglich. Hierzu gab noch einige Kollegen wesentliche Beiträge, wie im katholischen Geistesvereine für den Gutenbergsbund agitiert wird. Auch das weit verbreitete Organ des Vereins, das „Kolpingblatt“, kann es nicht unterlassen, die freien Gewerkschaften immer als sozialdemokratisch hinzustellen und deren Handlungen und Forderungen als

„unverschämte und ungerechte“ zu schildern. Unter „Kartellbericht“ wurde beschlossen, von der Aufstellung einer eignen Liste zur Krankenkassenauswahl in Behdör abzusehen, da keine Aussicht auf Erfolg, dieselbe durchzuführen, vorhanden. (In Anbetracht der Verhältniswahl sollte man den Christlichen das Feld nicht allein überlassen. Red.) Stieraufhielt Kollege Siggel ein Referat über „Zweck und Ziele der Typographischen Vereinigungen“ und forderte zum Schluß zur Gründung einer solchen auf. Die Betsprechung einer Rundendung Dresdner Druckereien fand allgemeinen Beifall. Es wurde beschlossen, eine Typographische Vereinigung zu gründen, desgleichen den Anschluß an den Verband der Deutschen Typographischen Vereinigungen zu vollziehen. Infolge der dadurch entstehenden Unkosten wurde der Ortsbeitrag um weitere 5 Pf. wöchentlich erhöht. Das Stiftungsfest wird Ende Oktober im „Zentralhotel“ in Behdör gefeiert werden.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Nach längerer Pause, in der aber durch die Feier des Stiftungsfestes die Kollegen auch so einander nahe gebracht wurden, fand am 5. September die Monatsversammlung statt. Unter „Bereinstimmungen“ ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, in Anbetracht der sich fortgesetzt steigenden Arbeitslosenziffer unbedingt für Überstundenbeschränkung resp. für Einstellen von „Kriegenden“ Sorge zu tragen. Auch möchten die Kollegen auf die kleinen Druckereien ein wachsameres Auge haben, damit nicht durch sogenannte „kleine Freundschaftsdienste nach Feierabend“, wie sie von einzelnen begangen worden seien, den feiernden Kollegen die Aussicht auf Arbeit genommen würde. Weiter berichtete der Vorsitzende, daß den in letzter Zeit und noch in letzter Versammlung angeführten Beschwerden gegen einzelne Kollegen im Vorgekehrten vornehmlich ein Ende bereitet wurde dadurch, daß die Inhaber der Firmen die Befreienden entlassen haben, in einem Falle sogar plötzlich, und die Betroffenen nun bei Ausübung ihrer „praktischen“ Tätigkeit Betrachungen anstellen könnten über den Wert „kollegialen Zusammenarbeitens“. Dem Wunsch der Zentralkommission, müßiggelüste Arbeiter zur Buchgewerbeausstellung herstellen zu lassen, wird vorläufig durch die Veranstaltung eines Wettbewerbes für künstlerische Durcharbeitungen von Ausschnitten entsprochen werden. Die Debatte über das in letzter Stunde eingegangene Rundschreiben der Zentralkommission wurde auf eine der nächsten Versammlungen vertagt. Nach Rechnungslegung über die Kosten des Stiftungsfestes und einigen Erklärungen über die vorgenommene Mitgliedsbuchkontrolle hielt Vorsitzender Serrmann einen Vortrag über: „Das Offsetverfahren an der Rotationsmaschine“. In kurzen Zügen streifte der Referent zunächst die Frage des Bedürfnisses nach illustrierten Zeitungen, deren erste Anfänge zunächst in primitiven Strichzeichnungen ihren Ausdruck fanden. Mit der dann immer mehr in Verwendung kommenden Photographie zur Reproduktionszwecke, und dem damit verbundenen Verarbeiten von besseren Papieren fand auch eine vornehmere Ausgestaltung der Zeitung Eingang, die jetzt in dem modernen Hoch-, Ziel- und Offsetdruck ihren Gipfel erreicht hat. Nach Erläuterung des Merkmals, Gutes und des noch jungen Futurdrucks ging der Vortragende dann auf den Offsetdruck speziell ein, denselben als das billigste Verfahren in Anschaffung und Betriebskosten bezeichnend. Die Einführung, die Verluste in Deutschland von der Firma Felix Böttcher, die abgekehrten Resultate sowohl als auch die Maschine in ihrer Beschaffenheit nebst den dazu gebhörigen Materialien wurden einer, soweit aus eigener Anschauung möglich, eingehenden Erläuterung unterzogen. Zum Schluß kam der Referent zu der Betrachtung, welche Stellung der Buchdrucker diesen neuen Erscheinungen im allgemeinen und dem Offsetdruck im besondern gegenüber einnehmen müsse, und gipfelte seine Ausführungen in dem Sinn: Augen auf und lernen, und seine Erfahrungen den Spezialkollegen zu weiterer Aufbarmachung zugänglich machen. Dem Vortrage wurde allgemeiner Beifall und Aufmerksamkeit zuteil, wie überhaupt an dieser Stelle anerkannt werden soll, daß die Leipziger Drucker die Zeichen der Zeit verstehen und den neuen Erscheinungen volle Beachtung schenken, was durch den guten Besuch der Versammlung bewiesen wurde.

K.-e. Osterode (Hfpr.). Hier fand am 7. September eine allgemeine Buchdruckerversammlung für den Agitationsbezirk Allenstein statt. Nachdem Ortsvorsitzender Szesny die Versammlung eröffnet hatte, begrüßte er unsern hierzu erschienenen Gausvorsitzer Reiser und dessen Stellvertreter Kollegen Krause (Königsberg) sowie die aus den Druckorten Allenstein (10), Osterode (15), Ortschaften (2), Warthenburg (2), Bischofsburg (1), Reidenburg (1) erschienenen Kollegen. Aus den Druckorten Suckstadt, Köffel, Seeburg, Sensburg, Solbau und Wornitz war leider niemand erschienen. Kollege Reiser hielt sodann einen mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Vortrag: „Danzig und Eisen“, und sprach dann über die Unterstützungsbewegungen des Verbandes und des Gutenbergsbundes. Nach dem Vortrage fand eine Diskussion statt. Ein Hoch auf den Verband beschloß die Versammlung. — Am Nachmittag fand ein Ausflug mittels Motorboots nach dem herrlich gelegenen „Neu-Zoppot“ (Pillauken) statt.

-z. Stutzgarl. Die am 6. September im Festsale des „Gewerkschaftshauses“ abgehaltene Mitgliederversammlung wurde an Stelle des erkrankten Kollegen Anie von dessen Stellvertreter Kollegen Klein geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des kürzlich verstorbenen Kollegen Martin Müller sowie des Reichstagsabgeordneten August Bebel in schlichten Worten. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen in hergebrachter Weise. Unter „Bereinstimmungen“ brachte der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die Vereinsbittin Frau Möllinger zum 1. Oktober nach 39jähriger

Tätigkeit von ihrem Posten zurücktrat. In Anbetracht der langjährigen treuen Pflichterfüllung habe der Gausvorsitzand unter Vorbehalt der Genehmigung des nächsten Gausrats beschlossen, derselben ihren seitherigen Gehalt als Ruhegehalt weiterzuzahlen, wogegen die Versammlung nichts einzuzuwenden hatte. Die Firma Christian in Sorb ist aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten; leider konnten sich unsere dortigen Mitglieder bis auf einen taufmännlichen Kollegen nicht dazu aufschwingen, diese ungünstige Stelle ihrer Wirksamkeit zu verlassen. Die Verbandsmitgliedchaft dieser Gehilfen ist dadurch natürlich erledigt. Weiter machte Redner darauf aufmerksam, daß die in Bälde stattfindenden Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse zum ersten Male nach dem Proporz vollzogen werden und es Pflicht eines jeden Kollegen sei, seine Stimme abzugeben. Aus dem Berichte der städtischen Arbeitslosenunterstützungskasse für das erste Halbjahr sei zu entnehmen, daß die Buchdrucker mit 132 Unterstützten an zweiter Stelle stehen, die von der in diesem Zeitraum aufgewandten Summe von 9746,49 Mk. allein 3500 Mk. erhalten haben. Der Gutenbergsbund operiere gegenwärtig in Württemberg und Hohenzollern; der Gausort sei getadelt worden, daß er hiergegen nichts tue; dieser stehe aber auf dem Standpunkte, daß es keinen Zweck habe, sich mit dieser Gesellschaft herumzuschlagen. In der Stutzgarter Versammlung haben nach dem Bericht im „Deutschen Volksblatt“ außer dem Referenten Treffer nur konfessionale und katholische Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretäre, nicht ein einziger Buchdrucker, das Wort ergriffen. Zu der Versammlung in Sechlingen wurden speziell die Vorstände und Ausschüsse der katholischen Preisunternehmungen eingeladen; auch Kollege Koch in Tübingen habe eine Einladung erhalten. Kollege Klein ging nun auf die von den Herren Kaufmann und Steinhorst in Hamburg in einer dortigen Prinzipalversammlung wieder aufgerollte Frage des beigelegten Streiks des näheren ein und verurteilte aufs schärfste die unfaire Handlungsweise der Betroffenen; mehrere Redner schlossen sich diesen Ausführungen an. Die Aussprache zeltigte nachfolgende Resolution: „Die am 6. September 1913 im „Gewerkschaftshause“ tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erblickt in dem Wiederauflösen des in legaler Weise beigelegten Konfliktes in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine durch die Herren Kaufmann und Steinhorst in der Samburgener Prinzipalversammlung vom 27. Juni d. S. eine bewußt scharfmacherische Ablicht, unsere Organisation bei der Allgemeinheit der Prinzipale anzuprangern. Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des guten und so überaus notwendigen Einvernehmens der beiden mächtigsten wirtschaftlichen Bewegungen, der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, protestiert die Versammlung ganz entschieden gegen dieses die Genossenschaftsbewegung schädigende Treiben und erwartet von den maßgebenden Korporationen der Konsumvereine, daß sie in Zukunft derartige Erststufen obiger Preisunternehmungen wissen: sie erachtet es aber weiter als notwendig, daß die Herren Kaufmann und Steinhorst nicht befähigt sind, eine auf genossenschaftlicher Basis beruhende Organisation zu leiten.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. Nimmehr hielt Herr Gewerkschaftssekretär Saarer einen einfindigen, sehr lebhaften, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die „Volksfürsorge“. Bei dem Anklänge, den dieser Vortrag gefunden hat, ist in Aussicht genommen, noch einen zweiten folgen zu lassen. Kollege Wendt berichtete über die diesjährigen Lehrlingsprüfungen. Eingangs bemerkte er, daß sich die Verstärkung der Gehilfenprüfungskommission um einige Kollegen unbedingt nötig mache, da zwölf Prinzipalmitgliedern nur vier Gehilfen gegenüberstünden. Auf die Prüfung selbst eingehend, mußte er leider hervorheben, daß das Resultat kein befriedigendes zu nennen sei, drei Prüflinge aus zwei größeren Druckereien hätten abgewiesen werden müssen. Die Prinzipale seien gleich mit dem Schlagworte vom Rückgange der Leistungen bei der Hand gewesen, die Gehilfen hätten aber darauf hingewiesen, daß es bei der heutigen Zeit den anmerhenden Gehilfen nicht mehr in dem Maße wie früher möglich sei, auf die Ausbildung der Lehrlinge einzuwirken. Was in der Druckerei verfaßt werde, könne froh aller Achtung von den Leistungen der Lehrer in der Fachschule nicht nachgeholt werden. An der Prüfung haben sich 47 Setzer und 25 Drucker beteiligt. Von den Setzern erhielten: 1 Recht gut, 10 Gut bis Recht gut, 20 Gut, 11 Befriedigend, 4 Genügend, 1 Ungenügend; von den Druckern 4 Gut bis Recht gut, 14 Gut, 5 Befriedigend und 2 Ungenügend. In der Diskussion wurde von allen Rednern das Resultat bebauert, aber ausgeführt, die Gehilfen frügen hieran keine Schuld; in einzelnen Druckereien würden die Lehrlinge in der ersten Zeit zu allem Möglichen verwendet, nur nicht zur Erlernung des Berufs. Habe doch der Prinzipalvorsitzende selbst zugeben müssen, daß das Resultat nicht befriedigend; er hätte sich aber dieserhalb an die richtige Adresse wenden müssen.

Würgsburg. Zu Beginn der Mitgliederversammlung vom 6. September gedachte Kollege Hemmerich des verstorbenen Arbeiterführers August Bebel mit warmen Worten, speziell seine Verdienste um die Sozialpolitik hervorhebend, die allen Arbeitern zugute kommt. Sein lebendes Gedächtnis wie das des verstorbenen Verbandskollegen Georg Dreher ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. Hierauf wurden zwei Aufnahmen gestattet, dagegen mußte ein Mitglied wegen Neffen ausgeschlossen werden. Von den Mitteilungen des Vorstandes möge hier nur die Bekanntgabe Erwähnung finden, daß am 21. August in Würgsburgs Mauern eine Gutenbergsbundsversammlung stattgefunden hat, zu der einige Verbandsmitglieder ausgerechneterweise eine Stunde vor Beginn Einladungen ins Haus erhielten. Selbstverständlich hat niemand der Einladung Folge geleistet, und es konnte konstatiert werden, daß der eine anwesende angebliche „rote

Genosse" ein von Outenbergbündern auf dem Wege getroffen und in die Versammlung geschleppter junger Verbandskollege war, der aber der Zentrumsparlei sehr nahe steht. Der Erfolg der Versammlung dieser Nachkollegen selbst, für die der "freie" Treffer gewonnen wurde, war entgegengesetzter als die Erwartungen des hiesigen Zentrumsblattes gleich Null, also gleiches Resultat wie in anderen bayrischen Städten. Hierauf hielt Kollege Max Zischner ein einflussreiches Referat über: „Die Arbeiterklasse im Wirtschaftskampfe“. Mögen seine Worte bei den Kollegen in dem Maße Beherzigung finden, wie sein Referat großen Beifall der Anwesenden auslöste. Namentlich gaben die Kollegen Schäfer und Bekker Bericht über die vom 29. und 31. August hier abgehaltene letzte Konferenz der freien Gewerkschaften Bayerns, welche Stellung zu nehmen hatte zu den durch die neue Reichsverfassungsordnung bedingten Veränderungen in der sozialen Gesetzgebung. Hatte die Konferenz im großen Ganzen informatorisch zu wirken, so wurde u. a. auch beschlossen, daß als einmalige Aufwendung zur Deckung der Krankenkassenausgaben die einzelnen Kassen pro freigewerkschaftlich organisiertes Mitglied den Betrag von 5 Pf. zu erheben haben; ein etwa anfallendes Defizit übernimmt die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschland. Als laufende Ausgabe zur Deckung der Vertretung bei den Oberversicherungsämtern, die nur von Sach- und Gesetzeskundigen erfolgen soll, ist pro Jahr und Mitglied ein Beitrag von 20 Pf. zu entrichten. Die Mitgliederversammlung hat beide Ausgaben genehmigt. Bezugnehmend auf den Versammlungsbericht des Gauwes Hamburg-Altona („Korr.“ Nr. 101) fand der Fall Kaufmann nochmals eingehende Besprechung. Die Versammlung verurteilte einmütig das scharfmacherische Gebaren Kaufmanns und Genossen, sprach der Kollegenchaft Hamburgs ihre volle Sympathie aus und beschloß, die Angelegenheit in nächster drücklicher Konsumereinsversammlung als einen eigens beauftragten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Ferienstiftung. Eine von hohem sozialen Empfinden getragene Stiftung hat der Seniorschef der Buchdruckerei W. Girardet, Kommerzienrat W. Girardet zu Bonn, errichtet. Diese Stiftung stellt Mittel bereit, um den Arbeitern und Beamten der Betriebe zu Düsseldorf („Generalanzeiger“) und Elten bei zehnjähriger Geschäftszugehörigkeit ab 1914 alljährlich zwölf Arbeitstage Ferien zu gewähren; außerdem wird auf Wunsch freie Verpflegung und Unterkunft für die Zeit in dem eigens zu diesem Zweck auf der Insel Nisitz errichteten Logierhause geboten. In den Ferienhöfen wird ebenfalls ein entsprechender Zuschuß gewährt. In den Genuss dieser Vergünstigung können erstmalig allein über 100 Arbeiter. Die in den Geschäften schon bisher bestanden Ferien für die unter zehn Jahre beschäftigten Personen bleiben, nach Karenzen abgelaufen, ebenfalls in Kraft.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer in Kiel legten die Kollegen Adolf Faßch und Paul Schäfer aus Neumünster, ferner vor der Handwerkskammer in Ulm der Seher Eduard Trauf aus Isny sowie vor der Handwerkskammer in Danzig die Kollegen Drusch, Fleck, Fröbe, B. Gebauer, Grimm, Link, Koch, Michalski, S. Neumann, Peuk, Bloch, Quaschni, D. Schmidt, Hermann Schulz, G. Unger, Weiser, O. Weiß und Wiener, sämtlich aus Danzig, und Wichmann aus Elbing die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Unangenehme Folgen eines Scherzes. In einer Dresdner Druckerei verurteilte ein Maschinenseher einen Kollegen, indem er ein neues, echtes 25-Pennigstück zeigte und angab, er hätte es eben erst gemacht. Um es glaubwürdiger erscheinen zu lassen, gab er noch Erläuterungen über den angeblich stoffgebundenen Guß. Als angewandten Kollegen sahsten es als Unsinn an und es wurde noch manch spähiges Wort darüber gewechselt. Dieses Gerücht kam zu Ohren eines Handsehers, der dem betreffenden Maschinenseher nicht gut gefunkt war, und dieser veranlaßte eine Anzeige bei der Kriminalpolizei wegen Falschmünzerei. Eines schönen Tages erschienen in der Druckerei zwei Kriminalbeamte, unterwarfen den Spahvogel im Kontor einem Kreuzverhör, vernahmen die angewandten Seher und durchsuchten dann den Maß des Urhebers des Scherzes. Als alle vernommenen Kollegen ausgefragt hatten, daß es sich nur um einen Scherz handelte, und auch nicht das geringste vorgefallen wurde, mußte sich der „Falschmünzer“ anzusehen und mit den beiden Beamten in seine Wohnung gehen, wo eine Hausungung vorgenommen und die zu Tode erschrockene Frau des Kollegen einem Verhör unterzogen wurde. Nachdem alles erfolglos geblieben war, sagte der eine Beamte zu unsern Kollegen: „Süßen Sie sich vor Ihren Kollegen mit derartigen spähigen Äußerungen, denn Sie haben keine Ahnung, wie schlecht manche Menschen sind!“

Konkurs. Aber das Vermögen des Buchdruckereibehalters und Konkursverwalters Gustav Wildner in Slogau wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Buchgewerbliche Wettbewerbstellung Leipzig 1914 und Verbundausstellung Köln. Es ist verschiedentlich aufgefunden, daß die Ausstellung des Deutschen Werkbundes in Köln 1914 in ihrem Programm eine Anzahl von Gruppen vorsteht, die auch einen wesentlichen Bestandteil der im selben Jahr in Leipzig stattfindenden Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik bilden werden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, legen daher die beiden

Ausstellungsleitungen Wert auf die Feststellung, daß in Köln lediglich eine beschränkte Auswahl deutscher Erzeugnisse unter dem speziellen Gesichtspunkte des Werkbundesgedankens, d. h. der gesteigerten Qualität in Form und Technik, gezeigt werden kann und soll, die einen vereinbarten Umfang keinesfalls überschreiten wird, während Leipzig die allgemeine große Sachausstellung des gesamten Buchgewerbes und der Graphik auf internationaler Basis bringt, auf der jedoch selbstverständlich die künstlerischen Bestrebungen gleichfalls voll zur Geltung gelangen sollen.

Rabatt bei Auslieferarbeiten. Nach einem gerichtlichen Gutachten der Berliner Handelskammer ist es im Buchdruckgewerbe üblich, bei Auslieferarbeiten unter Fachgenossen dem Fachgenossen 10 Proz. Rabatt zu gewähren.

Gescheiterter Preßprozeß. Gegen den Redakteur des „Grundstein“, Ellinger, den Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Paepow, den Geschäftsleiter der Buchdruckerei Muer & Co., Bérard, und den Seher Galante war ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden, weil in einem Artikel im „Operaio Italiano“, der von einem im Auslande wohnenden Mitarbeiter geschrieben war, der deutsche Kaiser beleidigt sein sollte. Nach dreimonatiger Untersuchung sind jetzt alle vier Beschuldigten durch die vierte Strafkammer des Hamburger Landgerichts außer Verfolgung gesetzt worden. Ellinger, weil er zur Zeit des Erscheinens des Artikels von Hamburg abwesend war und den Artikel nicht gelesen hatte, Galante, weil er den Artikel ebenfalls nicht gelesen und nicht geleht hat, und Paepow sowie Bérard, weil sie den Artikel nicht gelesen hatten und nicht als Verbreiter der Zeitung anzusehen seien.

Unternehmergehe gegen die Ausstellung der Gewerkschaften auf der Internationalen Bauausstellung. Gegen die Ausstellung der deutschen Gewerkschaften auf der Leipziger Bauausstellung konnte bisher selbst in Scharfmacherblättern wenig oder gar nichts gesagt werden, um die dort dargestellten Tatsachen zu widerlegen. Die Absicht zu so jedem Tun hat sicher bestanden, nur der geringste Anlaß fehlte. Jetzt werden nun doch einige Unternehmergehe munter und versuchen mit allgemeinen, nichtsagenden Redensarten eine Diskreditierung der gewerkschaftlichen Ausstellungsobjekte. Die „Bauhütte“ erhebt gegen die Gewerkschaften den Vorwurf, sie hätten die Bauausstellung, dazu mißbraucht, Staat und Industrie zu bekämpfen. Und die „Allgemeine Tapeziererzeitung“ drückt diesen albernen Vorwurf gedankenlos nach. Diese Bekämpfung der Industrie und des Staats soll geschehen sein durch die Hinweise auf die Berufsumfälle und durch eine gefällige Kritik, die in Plakaten und Broschüren enthalten sein soll; besonders eine Broschüre des Zimmererverbandes, in der das gefährliche Wort „Sozialismus“ vorkommt, hat den Anstoß bei den Scharfmachern erregt. Die „Allgemeine Tapeziererzeitung“ macht den Kohl noch durch folgenden Aufsatz fett: „In jedem Raume des Gewerkschaftshauses auf der 'Bau' finden sich 'Laster' und 'ausgelagerte' Schriften, die oft unter grober Entstellung der Tatsachen für die Arbeiterverbände Reklame machen.“ Und sie fügt hinzu: „Wenn die genannte Zeitschrift (die „Bauhütte“) bei dieser Gelegenheit von einer sozialpolitischen Entgeißlerung der Ausstellungsleitung spricht, so ist der Ausdruck sehr milde gewählt. Mit den idealen Zwecken, welche eine solche Veranstaltung verfolgen soll, ist es schwerlich zu vereinigen, wenn der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Hege in dieser Weise Vorstoß geleistet wird.“ Derartige allgemeine Behauptungen in die Welt hinauszuschleudern, ohne auch nur den Versuch eines Beweises zu machen, und dabei auch noch die Ausstellungsleitung in perfider Weise zu verdächtigen, ist einfach gewissenlos. Diese scharfmacherischen Pharisäer! Warum entkräften sie sich denn nicht über die einseitige Propaganda der Grundeigentümer und Hausbesitzer für ihre speziellen Interessen auf der „Bau“. Da liegen Agitationsbroschüren aus vom Preussischen Landesverband und vom Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands, die sich bemühen, das Wohnungselend in den Arbeitervierteln der Großstädte nach Kräften zu verulken. Dafür hat weder die „Bauhütte“ noch die „Allgemeine Tapeziererzeitung“ Augen. Der Behauptung, die Gewerkschaften hätten falschen in ihren Aufklärungschriften und -sachen grob entstellt, muß ganz energig widerprochen werden. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Unternehmer bei allen ihren Statistiken so streng an die Wahrheit halten, wie das bei den Gewerkschaften Prinzip ist.

Zur Lehrlingsfrage im Friseurgewerbe. Seit der letzten Berufs- und Betriebszählung hat die Lehrlingszählerei im Friseurgewerbe eine Zunahme der beschäftigten Gehilfen von 10622 oder 69,4 Proz., und in weiterer Folge eine Zunahme der männlichen Selbständigen von 14241 oder um 52,6 Proz. herbeigeführt. Die Zahl der Geschäftsbetriebe vermehrte sich um 19322 oder um 56,9 Proz. Das Gewerbe hat zwar einen gewissen Aufschwung im Damenfache zu verzeichnen, dem jedoch ein erheblicher Rückgang des Herrenfadens durch Ausbreitung des Selbstfräiers entgegensteht. Das Erwerbsgebiet wird in der Hauptsache durch die Kopfzahl der Bevölkerung begrenzt, weshalb seine Aufnahmefähigkeit an beruflichem Nachwuchs nur gering ist. Se mehr Gehilfen herangebildet werden, desto weniger können beschäftigt werden, da sich infolge der ständig wachsenden Konkurrenz die Zahl der Alleinmeister ständig vermehrt. In den Großstädten hat der Mangel an ausreichender Beschäftigung für einen Gehilfen, in Verbindung mit der ständig großen Zahl arbeitsloser Gehilfen längs zu dem Aufschwüngen geführt. Hunderte von Gehilfen werden nur noch des Sonnabends und Sonntags beschäftigt. Die Lehrlingszählerei geht unablässig weiter und dehnt sich immer weiter aus. Die „Gehilfenverjüngung“ bewirkt, daß die Arbeiter mit durchschnittlich

23 Jahren bereits „zu alt“ werden und ein großer Teil von ihnen durch anbauende Arbeitslosigkeit gezwungen wird, in irgend einer Fabrik zu arbeiten, mitunter auch erst dann, nachdem sie als Selbständige eine Weile tätig waren. Die durch die Lehrlingszählerei geschaffenen Zustände, die die ganze wirtschaftliche Existenz der Berufsangehörigen äußerlich nachteilig beeinflussen, sind geradezu unhaltbar geworden. Drei Meisterverbände haben sich deshalb für eine Einschränkung der Lehrlingszählerei ausgesprochen, während selbst der Innungsbund als größte Korporation, in deren Reihen sich die Lehrlingszählerei hauptsächlich befindet, seinen Mitgliedern eine Einschränkung nahelegt, was sich jedoch als gänzlich zwecklos erwiesen hat. Der Verbandsvorstand des Friseurgehilfenverbandes will nun versuchen, durch eine Petition an den Bundesrat eine Einschränkung der Lehrlingszählerei durch entsprechende Vorschriften zu erreichen. Er hat sich deshalb mit den in Frage kommenden Meisterorganisationen in Verbindung gesetzt, um ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Wenn außer den Gehilfen sämtliche Meister, die Gegner der Lehrlingszählerei sind, die Petition unterzeichnen, wird sich der Bundesrat jedenfalls veranlaßt sehen, dagegen einzuschreiten.

Ein Bohrkostler als „psychische Beunruhigung“. Das Gewerkschaftscharakter in Erfurt hat sich genötigt, die Arbeiterchaft zum Bohrkost eines dortigen Warenhauses aufzufordern. Dies geschah durch Inserate in der „Erfurter „Tribüne“. Durch diese Inserate fühlten sich merkwürdigerweise zwei Eisenhandl beunruhigt, da sie befürchteten, das Gewerkschaftscharakter könnte eines schönen Tages auch gegen sie in ähnlicher Weise vorgehen. Die beiden machten daher eine Eingabe an die Polizei, weil sie sich durch die Inserate „belästigt“ fühlten. Flugs erließ die Polizei in diesen Inseraten denn auch einen „groben Unlug“ und verschaffte dem Gewerkschaftscharakter einen Strafbefehl über 90 Mk. Es wurde dagegen gerichtliche Entscheidung beantragt; aber das Urteil lautete auf Verurteilung des Einprüchens. Das Gericht sah den „groben Unlug“ als erwiesen an. Der Bohrkost sei an sich wohl gelehrt erlaubt, aber in der Bekanntmachung liege die vom Reichsgerichte für solche Fälle festgestellte psychische „Beunruhigung“.

Gewerbegerichtswahlen in Bruchsal. Bei der Wahl der Arbeiterbesten zum Gewerbegericht in Bruchsal wurden von der Vorschlagsliste des Gewerkschaftscharakters acht, von der Vorschlagsliste der Christlichen zwei Vorschlagsläge gewählt. Auf die Liste des Gewerkschaftscharakters wurden 360, auf die Liste der Christlichen 120 Stimmen abgegeben. Die Christlichen verlieren zwei Sitze. Das Resultat der Wahl bedeutet für die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg.

Vom Postmonopol. Nach Erläuterungen, die von der Berliner Kaufmannschaft zum Postrecht herausgegeben wurden, können Privatleute, Behörden, Handelsgesellschaften, Vereine usw. unbedenklich ihre Briefe durch Posten, auch wenn diese nicht als „expresse Posten“ anzusehen sind, innerhalb der Postzeit befördern lassen. Gleichwohl ist es den Dienstmannern — weder den selbstständig, noch denen, die einem Dienstmannsinstitut angehören — unterlagt, Aufträge zur Abtragung von Briefen auszuführen. Bedinglich der Betrieb von Anfallen zur gewerksmäßigen Einanmlung von Briefen, Karten, Drucksachen, Zeitungen, Zeitschriften und Warenproben ist unterlagt, doch dürfen derartige gewerksmäßige Privatpostunternehmen z. B. offene gedruckte oder geschriebene Reklamebriefe ohne Einzeladressierung bestimmter Empfänger in jedem Gewichte wie Formal- und unadressierte Drucksachen in offener Kuvert oder unverpackt für bestimmte Empfänger, die an der Hand einer vom Abholer beigegebenen Liste zur Verteilung gelangen, befördern. Gewerksmäßige Privatposten, die vor dem Inkrafttreten des Postgesetzes vom Jahre 1899 bestanden, wurden abgefunden, soweit ihre Tätigkeit durch Gesetz eine Einschränkung erfuhr. Nun sind wieder Postunternehmen ins Leben gerufen worden, die dem Postzwange nicht unterliegen, weil sie nach den Statuten nicht gewerksmäßige Unternehmen sind. Sie treten nämlich als gemeinnützige Unternehmen auf, den Charakter als gemeinnützige Anfallen konstituieren sie dadurch, daß Briefe usw. nur für und an Mitglieder besorgt werden, außerdem wird der Gewinn, der aus dem Postgeschäft erzielt wird, nicht verteilt. Erworben kann die Mitgliedschaft durch Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 oder 60 Pf. werden, ebenso hoch ist der Jahresbeitrag bemessen. Obwohl der „gemeinnützige“ Aufschwung des Erwerbscharakter derartiger Unternehmen nur schlecht verdeckt, reicht die Imitation gemeinnützigen Wesens anscheinend aus, um die Durchbrechung des Postzwanges zu ermöglichen.

Verschiedene Eingänge.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenseher Deutschlands. Nr. 108. Inhalt: Der Maschinenseher und die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. — Vom Spielchen. — Was ist ein Fehler? — Umschau. — Fragekasten.

„Bikoria.“ Technische Mitteilungen aus dem graphischen Gewerbe. Herausgegeben von Roskroß & Schneider in Dresden-Heidenau. Heft 4. 1913.

„Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore.“ Drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 17. 24. Jahrgang. „Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. F. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. Heft 48. 31. Jahrgang. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Briefkasten.

M. St. in D.: Wir haben uns noch einmal informiert über die Behandlung dieser Angelegenheit auf dem Schriftgießerkongreß und erfahren, daß dort bereits das gleiche ausgeführt worden ist. Kollege Böblin hat denselben Standpunkt vertreten. Abdruck erübrigt sich also. — Verschiedenen Einladern: Material über und gegen den Bund mit Dank erhalten. — G. F. in L.: In einer der nächsten Nummern. — J. B. in S.: Findet mit Zufuß Aufnahme. — K. K. in Rombach: Die Versicherungsanstalt für die Pfalz hat ihren Sitz in Speier, Margilianstraße 100. — J. L. in Berlin: P. wohnt im Sommer in seiner Villa in Heringsdorf. — K. K. in Queblinburg: „Graphische Revue Österreich-Ungarns“, Wien. Monatshefte für die graphischen Künste. Für Deutschland danzjährig 7 Mk. Einzelheft 60 Pf. — G. C. in M.: Blätter in der „Mutter-lyrah“ erhalten wir nicht mehr. Freundl. Gruß!

□ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofplatz 5 II.
 Gernspracher: Almt Kurfürst, Nr. 1191.

Düsseldorf. Nach Verübung verschiedener unlauterer Manipulationen ist der Drucker Georg Trauner von hier verschwunden. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß L. anderwärts ähnliche Sachen verüben wird, seien die Kollegen vor L. gewarnt.

Nürnberg. Der Schweizerdegen Oskar Breuninger, geboren am 6. Mai 1891 in Baachang, wird hiernit aufgefordert, sich umgehend auf dem Bureau, Albrecht-Dürer-Straße 19, zu melden, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Frankenberg i. Sachl. Vorsitzender: Ernst Hübel, Äußere Alfenhainer Straße 12.

Großhain. Vorsitzender: Max Stephan, Großhain-Mühlbich, Dresdner Straße 12.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

In Burg a. Fehm. der Schweizerdegen Kurt Schöflig, geb. in Braunfchwelg 1895, ausgl. in Mechenheim 1913.

— K. Köhler in Neumünster, Kieler Straße 90.

In Frankfurt a. M. der Seher Urban Viktor Sprecher, geb. in Chur 1893, ausgl. da. 1913; war noch nicht Mitglied. — S. Bachhaus, Allerheiligenstr. 51.

In Hamburg 1. der Seher Otto Bohrer, geb. in Berlin 1875, ausgl. da. 1893; 2. der Drucker Theodor Heinrich Paul Burmeister, geb. in Hamburg 1889, ausgl. da. 1904; waren schon Mitglieder. — Wilhelm Dreier, Welenbinderhof 57 II.

In Hannover der Maschinenfabrik Franz Särgens, geb. in Himmelsfür 1888, ausgl. in Hildesheim 1906; war schon Mitglied. — Bruno Schweinitz, Nikolaistr. 7 II.

In Stuttgart der Seherstereotypen Arnold Schrader, geb. in Burgdorf i. Hann. 1886, ausgl. da. 1903; war schon Mitglied. — Karl Antie, Heustiegstraße 54 pt.

In Würzburg der Seher Georg Stephan, geb. in Artern 1889, ausgl. da. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Erlangen der Seher Albert Heindol, geb. in Bamberg 1896, ausgl. in Forchheim 1913; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seib in München, Solzstraße 24 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Altenstein. Die Unterstützung für durchreisende Kollegen wird bis auf weiteres vom Kollegen Fritz Preuß, Karlsruferstraße 7 III, ausbezahlt, und zwar abends von 6 bis 7 Uhr und Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Der Verkehr befindet sich im Hotel „Kaiserhof“ (Al. Kniffen), am Bahnhofe Vorstadt.

Oberhausen (Rhld.). Der Seher Wilhelm Holtkappels aus Krefeld, angeblich auf der Reise, wird zum letztenmal

erlucht, seine hier noch zu regelnde Angelegenheit zu erledigen und sich dieserhalb mit dem Kassierer Heinrich Binz, Lothringer Straße 153, in Verbindung zu setzen, andernfalls Antrag auf Ausschluß gestellt wird.

Rudolstadt. Der Seher Joseph Demuth reiste von hier ab, ohne die 10 Mk. Vorzuschuß aus der Druckereiparitätse (Männliche & Sohn) zurückzuerstatten. Die verehrlichen Reisekasseverwalter werden gebeten, D. den Betrag abzugeben und portofrei an P. Kühn, Alm Bache 22, zu senden.

Verfammlungskalender.

Mehersleben. Maschinenmeisterverfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.

Bielefeld. Maschinenmeisterverfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, in der „Eisenhütte“.

Burgstädt. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaufe“.

Dresden. Verfamml. heute Donnerstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volksaufheues“, Ribenbergstraße 2.

— Korrektorenverfamml. Sonntag, den 21. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Eisenhof“, Kaulbachstraße 16 p.

— Steuerexperten- und Galvanoplastiker-Verfamml. Sonntag, den 21. September, vormittags 10 1/2 Uhr, in Schnadts Galtbaue, Kleine Plauenische Gasse 2.

Cheerwalde. Generalverfamml. Sonntag, den 20. September, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Lemmler, Bismarckstraße.

Frankfurt a. M. Bezirksverfamml. Montag, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaufes“.

Gießen. Maschinenmeisterbezirksverfamml. Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaufes“ in Gießen.

Hildesheim. Bezirksverfamml. Sonntag, den 12. Oktober, in Hildesheim. Anträge bis 27. September an den Vorsitzenden.

Jena. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaufe“.

— Bezirksverfamml. Anfang Oktober in Jena. Anträge baldigst an den Vorsitzenden.

Kaiserslautern. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends pünktlich 9 Uhr, in der „Brauerei Drob“.

Leipzig. Maschinenmeisterbezirksverfamml. Sonntag, den 21. September, vormittags 9 Uhr, im „Goldnen Becher“, Goldberger Straße.

Magdeburg. Maschinenmeisterverfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Bodensteiner“, Breitenweg 168 II.

München. Maschinenseherverfamml. (Oberbayern) Sonntag, den 21. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Postgarten“, Zweibrückenstraße 8.

Neu-Ulm. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 9 Uhr, in der „Barringer“.

Pirna. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Weißen Hofe“.

Plauen i. B. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaufe „Schillergarten“ (obere Räume).

— Maschinenmeisterverfamml. Sonntag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur neuen Post“, Reichstraße 6.

Rudolstadt. Verfamml. Sonntag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Sambrius“.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Alle Geldsendungen sind zu richten an den derzeitigen Kassierer Richard Böcker, Berlin-Friedrichsfelde, Waldseeferstraße 24.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
 Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Vierter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1913.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als angenommen.)

I. Kreis.

Blumenthal i. S.: „Blumenthaler Zeitung“ (Rudolf Steinbeck).

II. Kreis.

Bensberg: Haake, A. M.
 Bergneustadt: Jürges, Sugo.
 Düsseldorf: Kruse, Klemens; Krumbiegel, Oswald.
 Hagen i. W.: Behr, Julius, Sohn.
 Köln: Suchtenbroich, C., G. m. b. H.; Nebe, Friedrich Wilhelm.

III. Kreis.

Frankfurt a. M.: Scheuer, M. & L.; Striegel, Franz; Wanderer-Druckerei und Verlag (André Wanderer).
 Kassel: Heilische Geschäftsbücherfabrik Liebeskind & Gabner.
 Wildungen (Bad): Lorenz, Max.

IV. Kreis.

Sasbach i. B.: Drehverier Kinzigtal, G. m. b. H. („Kinzigfäher Nachrichten“).
 Karlsruhe-Beiertheim: „Gärtler Wofe“, G. m. b. H.
 Reulkingen: Schawwecher, Gotthold.
 Wolfenweiler: Seilmeier, Ludwig.

V. Kreis.

München: Kartomagnenfabrik N. Halle.
 Regensburg: „Regensburger Neueste Nachrichten“ (Georg Lummler & Sohn).

VI. Kreis.

* Echarfsberga i. Th.: Buchdruckerei und Verlagsbandlung des Echarshaufes.

VII. Kreis.

Dresden: Ruhnau & Richter, G. m. b. H.; Timmroth & Puruckher.
 Leipzig: Kaufhaus Brühl, G. m. b. H.
 Ottendorf (Bez. Leipzig): Seidler, Albert.
 Paunsdorf: Köfer, Kurt.

VIII. Kreis.

Berlin: Behr, Georg; Druck- und Reklamewerkstätten Berger & Lieblich; Imperator, Graphische Kunst- und Verlagsanstalt, G. m. b. H.; Hinge, Karl.
 Neukölln: Großberliner Buchdruckerei.
 Niederschönneweide: Meffen, Erwin.
 Pankow: Proh, Emil, Nachf., G. m. b. H.

IX. Kreis.

Breslau: Reich, Max.

X. Kreis.

Edelstedt: Gallnichts Industrierwerke, G. m. b. H.
 Hamburg: Kahlke, S.; Köpper, Wm.

XI. Kreis.

Penkun. Merfner, Karl.

XII. Kreis.

+* Heiligenbeil: „Heiligenbeiler Zeitung“, Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H.

— Mit dem Verzeichnisse der kanntesten Buchdruckereien vertrieben würden die Firmen:

- Kreis V: Georg Reinhold in Erlangen.
- VI: Rudolf Wahn in Mehersleben.
- IX: M. Neumerkel & Co. in Hirschberg i. Schl.

Bekanntmachungen.

Kreis II. Stellvertreter des Prinzipalskreisvertreter: Hans Bachem, i. Fa. J. B. Bachem in Köln.

Schiedsgerichte betreffend.

Darmstadt. Geschäftsvorstand: Konrad Moll, Pankrastusstraße 6 II.

Berlin, 12. September 1913.

Franz Francke, L. S. Giesecke, Prinzipalsvorstand. Geschäftsvorstand. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

In Frankfurt a. M.

wird für alles, gutfundiertes, jedoch neuaustratendes Geschäft nur wirklich tüchtiger Sachmann als stiller Teilhaber gesucht. Es wird nicht auf große Einlage, sondern nur auf Tüchtigkeit gesehen. Df. an den Vorzeiger des Strahendbahnabnehmens Nr. 2491 hauptpostlagernd Frankfurt a. M. [400

Ein gewissenhafter

Söhrehobler

für etliche Wochen gesucht. [405
 Buchdruckerei C. W. Saarfeld, Offen-Auhr.

Mhizidenseher, fell Gabren in Schriftgießereien gesucht, künft. wünscht sich zu verändern. Offerten unter 404 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe

Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 11
 Vorbereitungskurse für das Buchdruckgewerbe zur Meisterprüfung, sowie zur Ausbildung als Kontor- und Betriebsbeamter.
 Kurse zur Ausbildung als Zeichnungs- und Reklamemachmann

Spezialkurse: Entwurf von Reklamendruckfächern, Ankeren und Schriftschreibern, Zonplattenschnitt, Kalkulation von Buch- u. Eindeindruckarbeiten, Buchführ. -halten, u. aligen. Rechn. Vorbereitungskurse auf Brieflicher Unterricht: die Meisterprüfung für das Buchdruckgewerbe; Kalkulation von Buch- u. Eindeindruckarbeiten sowie Papierkunde, Zonplattenschnitt.

Untere Schritten

Einfassungen, Messinglinien wie sämtliche Holzzutensilien zeichnen sich durch Qualität und Preiswürdigkeit aus. Sie tun gut, vor jeder Bestellung von uns Offerte einzuholen!

SCHRIFTGIESSEREI
BROTZ & GLOCK
 FRANKFURTA-M-BOCKENHEIM

Lohnender Nebenverdienst

Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buchdruckerei

Strebjamen Vertreter

für Zigen, Plinzelten usw. bei sehr hoher Provision.
 Kollege S. Mathacus, Dessau, Postfach.

5 M.

Postkarte an Johann Meier, Hamburg 11, Poststraße 47, schreiben. Illustrierte Preisliste, über Dauerwürdiges, Scherzartikel, interessante Bücher gratis und fr.

Graphische Vereinigung Dresden

Die vom V. d. D. G. anlässlich der Danziger Generalversammlung veranstaltete Ausstellung

Die Reklame in Geschäftsdrukfächern

ist noch bis zum Sonntag, dem 21. September, von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, im „Ausstellungspalast“, Eingang Südbalcke, zu besichtigen. [403

Kollegen lernt Gabelberger Stenographie!!!

Der Buchdruckerstenographenverein „Gabelberger“, Leipzig

veranfaßt im kommenden Winterhalbjahr in seinem Vereinslokale „Café Bienenthor“, Dresdner Straße 8, folgende Kurse:

Montag, den 22. September: Beginn eines Anfängerkurses.
 Donnerstag, den 25. September: Beginn eines Fortgeschrittenenkurses mit besonderen Schreibübungen und eines Redeschreiftkursus in Verbindung mit schriftschreiftlichen Übungen. Anfang 8 1/2 Uhr abends. — Honorar für Anfänger 4,20 Mk. einchl. Lehrmittel; für Fortgeschrittene und Redeschreift frei.

Alle vorwärtsstrebenden Kollegen laden wir zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen freundlichst ein und bitten gleichzeitig alle schriftkundigen Buchdrucker, sich unserm Verein anzuschließen.

Bierkrug mit hochfein handgemalten und ein- gebanntem Buchdruckerwagen und Spindeln: „Verband der Deutschen Buchdrucker“ mit hohen oder flachen Reichszinndeckel, 1/2 Liter 4,50 Mk., 1/4 Liter 6 Mk., Baumgauerung 50 Pf. Zu Publikums- und sonstigen Gelegenheiten vorzüglich geeignet. Katalog gratis! Zu beziehen durch

K. Siegl, München 2, Solzstraße 7.

Buchdruckkalkulation und Papierkunde [360
 Anfänger- und Fortbildungskurse, letztere mit Vorbereitung für die Meisterprüfung. Beginn zu jeder Zeit. Prospekte kostenlos.
 Kalkulationsbureau, Berlin W 35.

Es wird um die Adresse des Maschinensefers

Max Solzmann
 aus Landsberg am Lech gebeten nach München, Luisenstraße 71 I (Gaiter). [401